

Agenda Mittelstand

Mittelstands- barometer 2010

Der deutsche Mittelstand -
Stimmungen, Themen,
Perspektiven

Inhalt

1. Der deutsche Mittelstand in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise 4
2. Geschäftserwartungen: Optimistischer Blick in die Zukunft 7
3. Investitionen und Neueinstellungen 11
4. Fit für den Aufschwung? 18
5. Der Standort Deutschland im Urteil des Mittelstands 24
6. Regionale Rahmenbedingungen im Vergleich 26
7. Mittelstandspolitik im Urteil der Unternehmen 32



Autor

Peter English
Leiter Mittelstand
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater
Partner

Ernst & Young
Wittekindstraße 1a
45131 Essen
Telefon +49 201 2421 21800
Telefax +49 201 2421 42415



Design der Studie

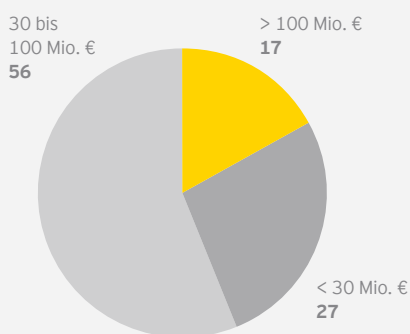
Das Mittelstandsbarometer erschien von 2003 bis 2005 jährlich, seit 2008 halbjährlich. Es basiert auf einer Befragung der Geschäftsführer oder Inhaber von 3.000 Unternehmen aus dem gehobenen Mittelstand in Deutschland. Die aktuelle Befragung erfolgte im Dezember 2009 und im Januar 2010 per Telefon. Sie wurde von einem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut (Valid Research, Bielefeld) im Auftrag der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durchgeführt. Dabei wurde sowohl auf Bundeslandebene als auch deutschlandweit folgende Verteilung zugrunde gelegt:

43 Prozent Dienstleistung, 28 Prozent Handel, 15 Prozent Bau/Energie, 14 Prozent Industrie und verarbeitendes Gewerbe. Für die Studie wurde eine Definition des Mittelstands über die Rechtsform vorgenommen. Es wurden keine kapitalmarktorientierten Unternehmen befragt, sondern Unternehmen folgender Rechtsformen: & Co., e. G., e. K., e. Kfr., GbR, gGmbH, GmbH, GmbH & Co., GmbH & Co. KG, GmbH & Co. OHG, KG, KGaA und OHG. Befragt wurden Unternehmen mit 30 bis 2.000 Mitarbeitern.

Anzahl der befragten Unternehmen je Bundesland

Baden-Württemberg	314
Bayern	370
Berlin	135
Brandenburg	142
Bremen	117
Hamburg	135
Hessen	183
Mecklenburg-Vorpommern	122
Niedersachsen	235
Nordrhein-Westfalen	389
Rheinland-Pfalz	155
Saarland	122
Sachsen	193
Sachsen-Anhalt	92
Schleswig-Holstein	142
Thüringen	156

Umsatzverteilung (Jahresumsatz):



Angaben in Prozent

1. Der deutsche Mittelstand in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise



Im Jahr 2009 zeigten sich die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise, die im Jahr 2007 begann, mit voller Wucht. Welches Ausmaß die Krise des Jahres 2009 hatte, wird erst im historischen Kontext wirklich sichtbar: Deutschland hatte im Jahr 1975 infolge des ersten Ölpreisschocks seine bis dahin schwerste Rezession der Nachkriegszeit erlebt. In diesem Jahr schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt allerdings nur um 0,9 Prozent. Im Jahr 2009 lag der Rückgang hingegen bei fünf Prozent! Deutschland und viele andere Länder erlebten somit den mit Abstand stärksten Einbruch der Wirtschaftsleistung der Nachkriegszeit.

Dabei verlief die Entwicklung im Jahr 2009 sehr uneinheitlich: War das erste Quartal noch geprägt von einem erheblichen und drastischen Rückgang der Wirtschaftsleistung, so zeigten sich ab dem Frühjahr immer mehr Zeichen einer einsetzenden langsamen Erholung. Seit dem zweiten Quartal wuchs die Wirtschaft wieder – ausgehend allerdings von einem sehr niedrigen Niveau. Diese Erholung nährte die Hoffnung auf ein rasches Ende der Krise, was sich auch in einer deutlichen Aufhellung der Stimmung bei den Unternehmen niederschlug. So problemlos und zügig, wie viele Beobachter es erwartet oder erhofft hatten, verlief der Erholungsprozess dann aber doch nicht: Im vierten Quartal geriet er ins Stocken. Das Bruttoinlandsprodukt stagnierte auf dem Niveau des Vorquartals, womit sich der leichte Aufwärtstrend der Wirtschaft aus dem zweiten (+ 0,4 %) und

dritten Quartal 2009 (+ 0,7 %) nicht fortsetzte.

Obwohl sich die Stimmungslage im Jahresverlauf deutlich verbessert hat, lässt die erhoffte nachhaltige Verbesserung der Wirtschaftslage weiter auf sich warten. Einen positiven – wenn auch zeitlich begrenzten – Einfluss hatten zwar die staatlichen Stützungsmaßnahmen – insbesondere das Konjunkturpaket II und die umstrittene „Abwrackprämie“. Auch die expansive Geldpolitik der Notenbanken, die relative Robustheit der Schwellenländer und der vergleichsweise niedrige Ölpreis brachten positive Impulse. Dennoch: Einem echten Aufschwung stehen vielfältige Unsicherheiten und Risiken im Weg – beispielsweise die noch immer nicht gelöste Immobilienkrise in den USA, steigende Arbeitslosenzahlen, die ausufernde Staatsverschuldung oder gar die Sorge vor der Zahlungsunfähigkeit von Staaten. Von einer stabil positiven Entwicklung kann daher noch keine Rede sein, für eine Entwarnung ist es noch zu früh. Messbar gestiegen ist allerdings das Vertrauen der Marktteilnehmer. Die „Schockstarre“ wich einem pragmatischen Krisenmanagement, der Optimismus und die Risikobereitschaft der Wirtschaftsakteure kehrte langsam wieder zurück. Festzuhalten bleibt: Die Weltwirtschaft hat ihre größte Bewährungsprobe seit Jahrzehnten bestanden. Die befürchtete Kernschmelze – der Zusammenbruch des Finanzsystems – konnte verhindert werden, die Konjunkturprogramme entfalteten die erhoffte Wirkung.

Dennoch: Im Gegensatz zu den Krisen der vergangenen beiden Jahrzehnte erlebt die Welt nun zum ersten Mal seit etwa einem Vierteljahrhundert, dass praktisch alle wichtigen Volkswirtschaften gleichzeitig in die Rezession steuern – mit Ausnahme einiger weniger Schwellenländer. Zu beobachten ist, dass sich die Abwärtsspiralen der einzelnen Länder dabei gegenseitig verstärken.

Zum Zeitpunkt der Befragung – im Dezember 2009/Januar 2010 – allerdings hatte die Mehrheit der mittelständischen Unternehmen in Deutschland die Auswirkungen der Krise relativ gut im Griff. Immerhin 38 Prozent der Unternehmen bezeichneten ihre aktuelle Geschäftslage als gut – deutlich mehr als im Juli 2009, als sich nur 29 Prozent zufrieden äußerten. Auf dem Höhepunkt des vorangegangenen Booms – Ende 2007/Anfang 2008 – hatten allerdings 55 Prozent der mittelständischen Unternehmen über eine gute Geschäftslage berichtet.

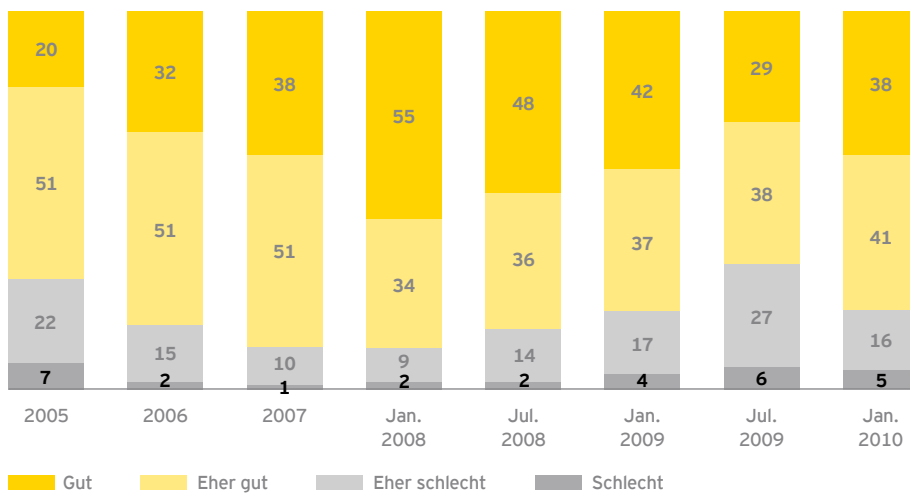
Die aktuelle Lage deutet zwar auf eine erhebliche Eintrübung des Geschäftsklimas infolge der globalen Krise hin, eine existenzielle Krise des deutschen Mittelstands insgesamt kann daraus aber nicht abgeleitet werden. Im Gegenteil: Die Befragungsergebnisse deuten bereits wieder eine Trendwende an: Der Anteil der positiven oder eher positiven Beurteilungen der Geschäftslage ist im Vergleich zur Jahresmitte 2009 deutlich – um zwölf Prozentpunkte – gestiegen.

Die Geschäftslage im Mittelstand hat sich zwar eingetrübt - von einer existenzbedrohenden Krise des deutschen Mittelstands insgesamt kann aber keine Rede sein.

Trendwende bei der Geschäftslage

„Wie bewerten Sie Ihre aktuelle Geschäftslage?“

Grafik 1



Anteil „gut“ und „eher gut“

Dienstleistung	82
Bau/Energie	80
Handel	77
Industrie	72

Angaben in Prozent

Interessant ist eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Branchen: Während in der Bauwirtschaft und im Handel keine signifikante Veränderung im Vergleich zur Umfrage in der Jahresmitte 2009 festzustellen ist, hat sich die Stimmung im Dienstleis-

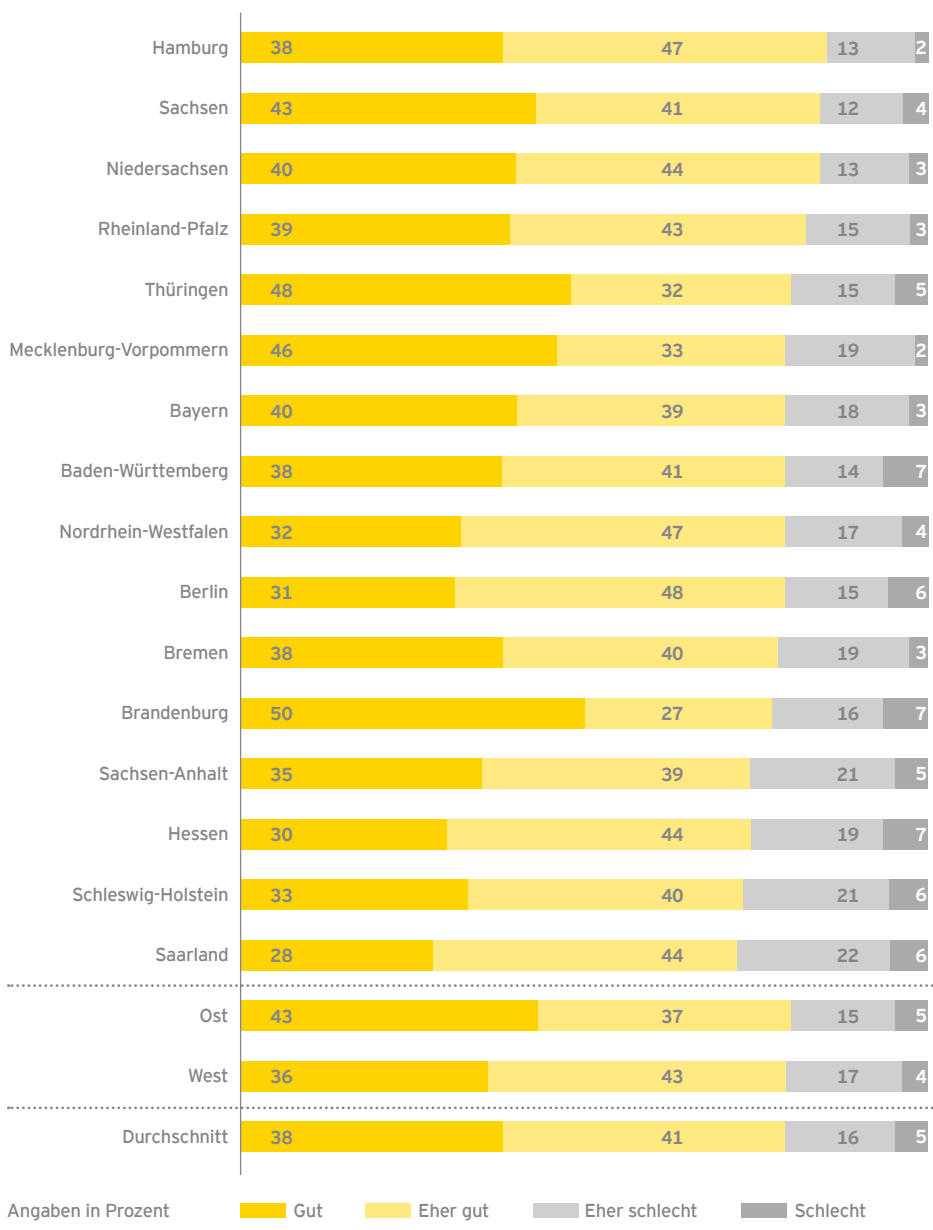
tungssektor deutlich (plus 19 Prozentpunkte) und in der Industrie ebenfalls stark (plus elf Prozentpunkte) verbessert. Trotz dieser Aufhellung ist nach wie vor die Lage in der Industrie im Branchenvergleich am schwächsten.

1. Der deutsche Mittelstand in Zeiten der globalen Wirtschaftskrise



Geschäftslage im Bundeslandvergleich

Grafik 2



Vergleicht man die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer miteinander, zeigt sich, dass die aktuelle Lage im Osten Deutschlands deutlich besser beurteilt wird (43 Prozent positiv) als im Westen (36 Prozent positiv). Die Bundesländer mit dem höchsten Anteil rein positiver Bewertungen sind Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern.

Fazit: Die gegenwärtige Geschäftslage der mittelständischen Unternehmen in Deutschland erweist sich - vor dem Hintergrund des deutlichen Rückgangs der Wirtschaftsleistung in Deutschland - als erstaunlich robust. Sie ist sogar besser als im Frühjahr 2005, zum Zeitpunkt der letzten Wirtschaftsflaute, die aber deutlich schwächer ausfiel als die jetzige.

2. Geschäftserwartungen: Optimistischer Blick in die Zukunft

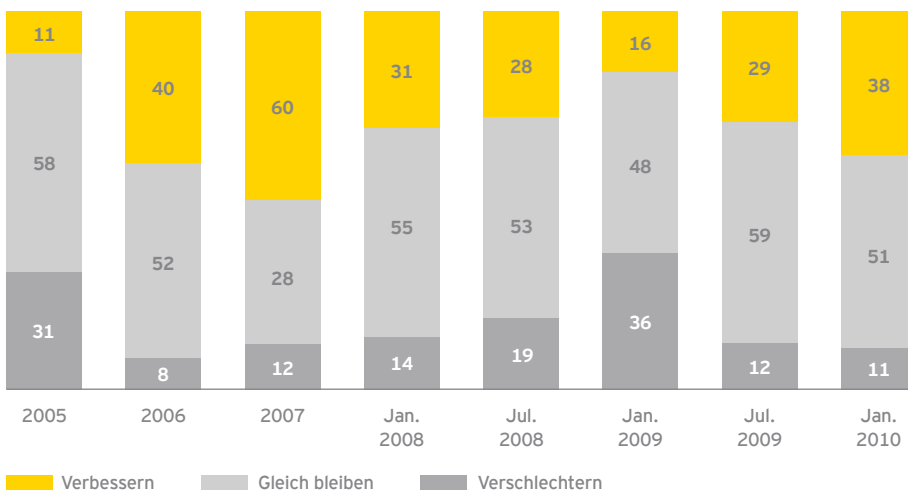
Zwischen Anfang 2007 und Anfang 2009 hatten sich die Geschäftserwartungen der deutschen Mittelständler kontinuierlich eingetrübt - die Zahl der Pessimisten stieg, der Anteil der Optimisten sank deutlich. Schon Mitte 2009 zeichnete sich aber eine

Trendwende ab, die sich nun weiter gefestigt hat. Inzwischen erwartet gut jeder dritte Befragte eine Verbesserung der eigenen Geschäftslage, nur noch jeder neunte stellt sich auf eine Verschlechterung der eigenen Situation ein.

Zahl der Optimisten steigt weiter

„Wie wird sich Ihre Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten entwickeln?“

Grafik 3



Saldo aus „verbessern“ und „verschlechtern“

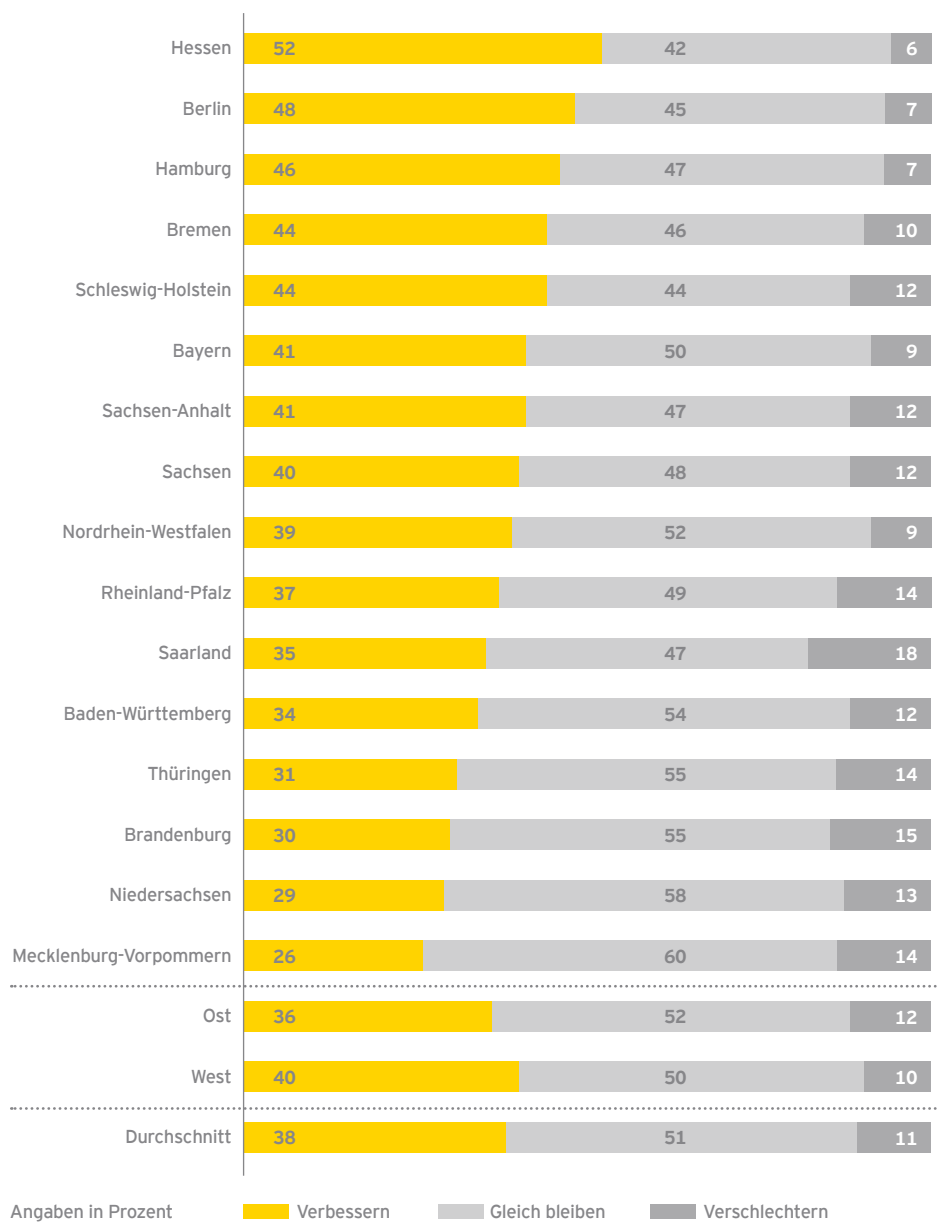
Industrie	32
Handel	31
Dienstleistung	26
Bau/Energie	20

Angaben in Prozent

2. Geschäftserwartungen: Optimistischer Blick in die Zukunft

Geschäftsprognosen im Bundeslandvergleich

Grafik 4



Dieser Optimismus erstreckt sich auf alle Branchen, besonders ausgeprägt ist die Zuversicht aber in der Industrie und - angesichts des eingetrübten Konsumklimas durchaus überraschend - auch im Handel.

Der Bundeslandvergleich zeigt, dass die Unternehmen in Hessen, Berlin und Hamburg am zuversichtlichsten sind. In allen Bundesländern überwiegen die Optimisten - zum großen Teil deutlich.

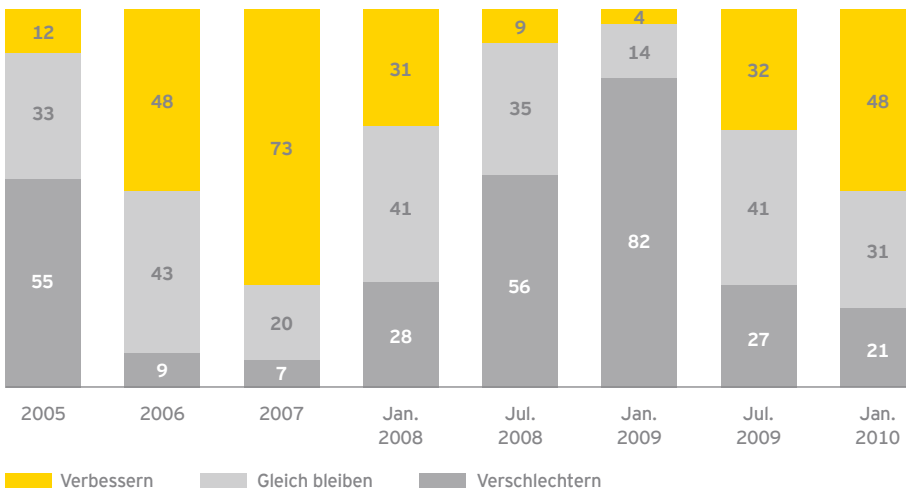
Angesichts der aktuell deutlich besseren Geschäftslage im Osten Deutschlands überrascht es, dass die Ostdeutschen beim Blick in die Zukunft weniger optimistisch sind als die Betriebe im Westen: In den ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil der Optimisten deutlich kleiner und gleichzeitig der Anteil der Pessimisten etwas höher als in den westdeutschen Ländern.

Auch bei der Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland gab es bereits Mitte des vergangenen Jahres eine Trendwende zum Positiven: Noch im Januar 2009 hatten 82 Prozent der Unternehmen eine Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Deutschland erwartet - im Juli 2009 war der Anteil der Konjunkturpessimisten auf 27 Prozent gesunken, aktuell liegt er nur noch bei 21 Prozent. Gleichzeitig steigt der Anteil der Konjunkturoptimisten deutlich: von vier Prozent (Anfang 2009) auf 32 Prozent (Mitte 2009) und dann auf 48 Prozent (Anfang 2010). Diese Befragungsergebnisse lassen also mit großer Wahrscheinlichkeit eine weiterhin positive Entwicklung im laufenden Jahr erwarten.

Positive Konjunkturerwartungen

„Wie wird sich die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland in den kommenden zwölf Monaten entwickeln?“

Grafik 5



Saldo aus „verbessern“ und „verschlechtern“

Industrie	34
Bau/Energie	30
Dienstleistung	26
Handel	22

Angaben in Prozent



Die Befragungsergebnisse lassen auf eine positive Konjunktorentwicklung hoffen.

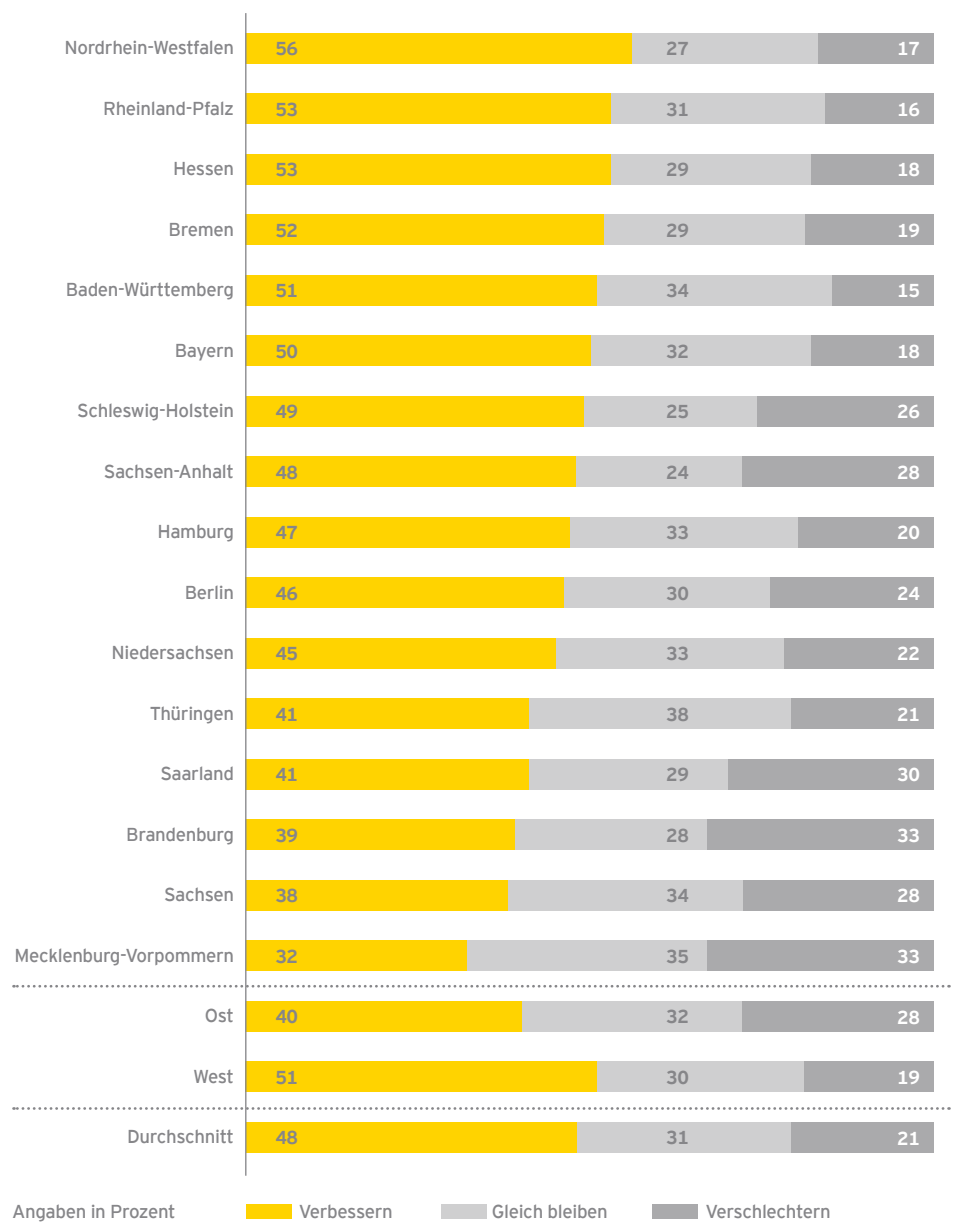
2. Geschäftserwartungen: Optimistischer Blick in die Zukunft



Am ausgeprägtesten ist der Konjunktur-optimismus derzeit in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen. Auch in Bremen, Baden-Württemberg und Bayern erwartet mindestens jeder zweite Befragte eine Verbesserung der konjunkturellen Lage. In den ostdeutschen Bundesländern ist hingegen eine deutlich geringere Zuversicht festzustellen - in Mecklenburg-Vorpommern ist sogar der Anteil der Pessimisten höher als der Anteil der Optimisten.

Konjunkturprognosen im Bundeslandvergleich

Grafik 6



3. Investitionen und Neueinstellungen

Die Investitionsbereitschaft des deutschen Mittelstands ging seit Beginn der Finanzkrise deutlich zurück. Anfang 2007 - auf dem Höhepunkt des wirtschaftlichen Booms - hatten noch 41 Prozent der Unternehmen geplant, die Investitionsausgaben zu erhöhen. Bis Anfang 2009 sank der Anteil auf nur noch 17 Prozent, während immer mehr Unternehmen bei den Investitionen sparten. Auch dieser Negativtrend ist allerdings inzwischen gebrochen, wenn gleich der Zuwachs noch recht verhalten

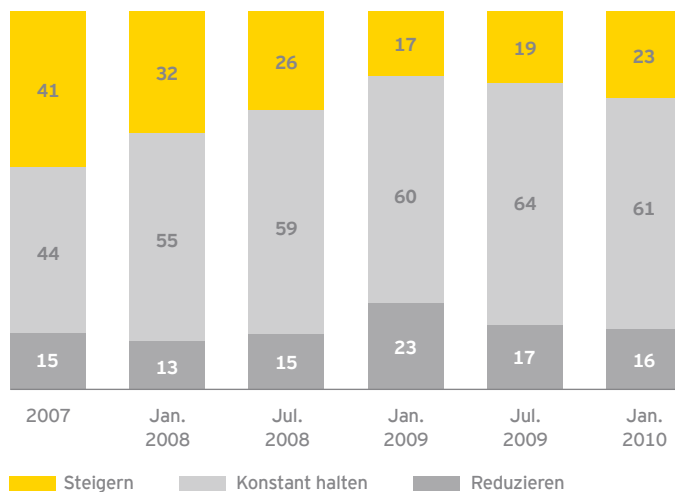
ist: Zu Beginn dieses Jahres planten 23 Prozent, die Investitionsausgaben im laufenden Jahr zu erhöhen, nur noch 16 Prozent wollten in diesem Bereich den Rotstift ansetzen. Per saldo ist also eine leicht positive Entwicklung der Investitionstätigkeit im Mittelstand zu erwarten - vor allem im Handel und im Dienstleistungssektor.

Die Befragungsergebnisse deuten zwar darauf hin, dass der erhebliche Rückgang bei den Investitionsausgaben gestoppt ist. Eine

nachhaltige Aufhellung des Investitionsklimas lässt aber weiterhin auf sich warten - trotz der deutlich positiveren Konjunkturprognosen. Eine erhebliche Stützung der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland wird von diesem Bereich in den kommenden Monaten wohl nicht ausgehen, so viel lässt sich auf dieser Basis relativ sicher sagen.

Investitionsbereitschaft steigt weiter leicht

„Planen Sie, die Gesamtinvestitionen Ihres Unternehmens im kommenden Jahr zu steigern, konstant zu halten oder zu reduzieren?“ **Grafik 7**



Saldo aus „steigern“ und „reduzieren“

Handel	8
Dienstleistung	8
Industrie	6
Bau/Energie	5

Angaben in Prozent

3. Investitionen und Neueinstellungen

Im Vergleich der Bundesländer erweisen sich – wie schon im Vorjahr – die Unternehmen in Sachsen als besonders investitionsfreudig. Eine positive Entwicklung ist aber auch in den meisten anderen Bundesländern zu erwarten. Nur in den beiden industriellen

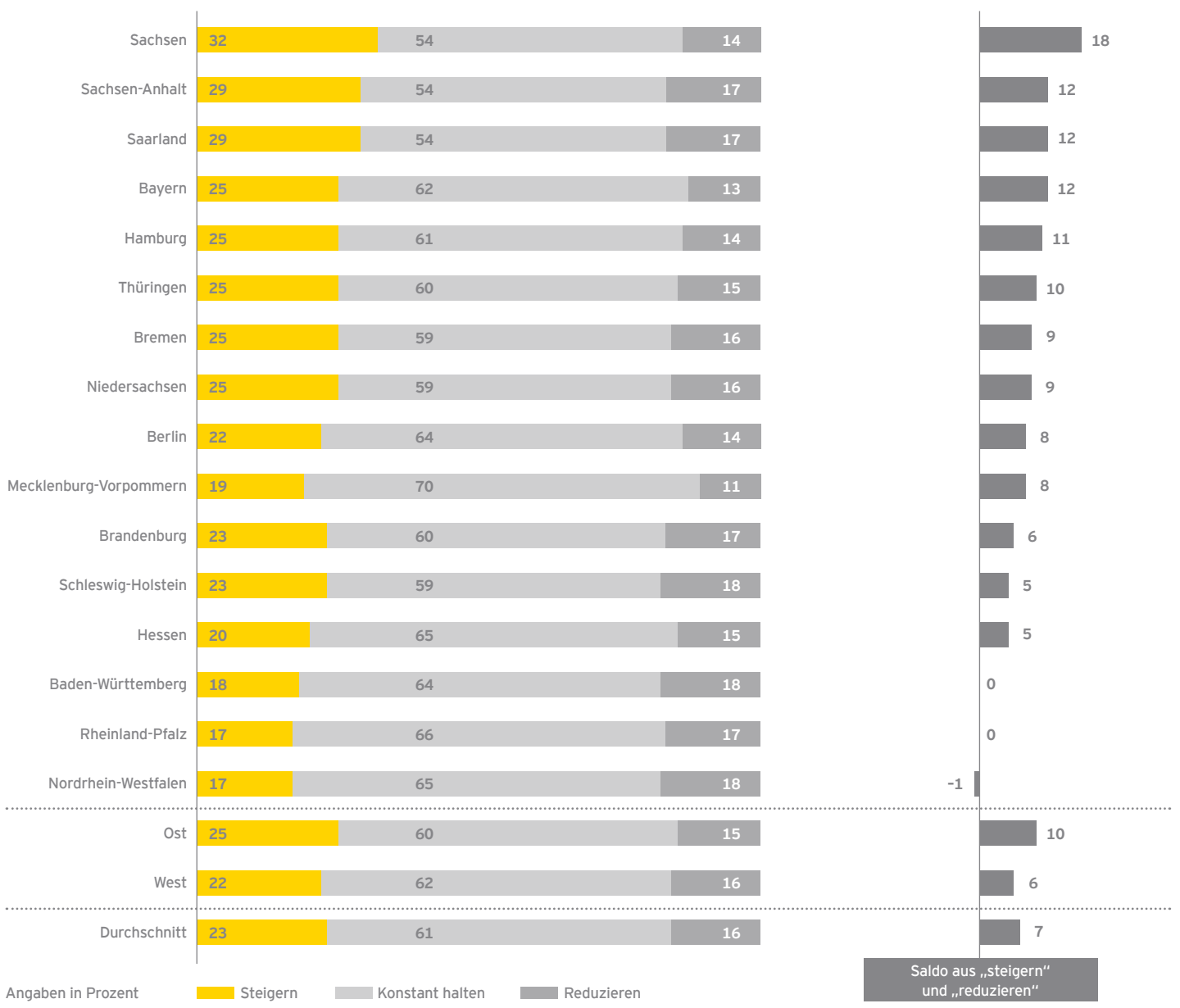
Zentren Deutschlands – Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg – sowie in Rheinland-Pfalz deuten die Ergebnisse auf eine Stagnation bei den Investitionen hin.

Wiederum ist ein Unterschied zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern

festzustellen – in diesem Fall zeigen sich die ostdeutschen Unternehmen allerdings im Durchschnitt investitionsfreudiger als die westdeutschen Betriebe, was angesichts der deutlich negativeren Geschäfts- und Konjunkturprognosen der ostdeutschen Unternehmen durchaus als Überraschung gewertet werden kann.

Investitionsbereitschaft im Bundeslandvergleich

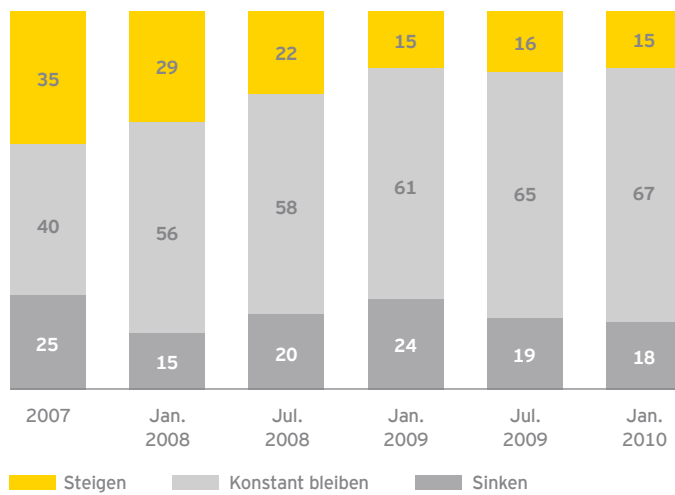
Grafik 8



Die erheblich verbesserte Grundstimmung der Unternehmen schlägt sich bislang nicht in einem deutlich aktiveren Investitionsverhalten nieder.

Jobmotor Mittelstand stottert weiterhin

„Wie wird sich die Zahl der Mitarbeiter Ihres Unternehmens (in Deutschland) im kommenden Halbjahr voraussichtlich entwickeln?“ Grafik 9



Saldo aus „steigen“ und „sinken“

Dienstleistung	3
Handel	-2
Bau/Energie	-10
Industrie	-12

Angaben in Prozent

Die stark verbesserte Grundstimmung der befragten Unternehmen schlägt sich bislang also (noch) nicht in einem deutlich aktiveren Investitionsverhalten nieder. Aber auch auf die Personalplanung hat sie keine positiven Auswirkungen: Nach wie vor ist der Anteil der Unternehmen, die eine Reduzierung der Belegschaft planen, mit 18 Prozent größer als der Anteil der Be-

fragten, die zusätzliche Neueinstellungen planen (15 Prozent). Im Vergleich zum Januar 2009, als noch jeder vierte Betrieb den Abbau von Stellen plante, hat sich der Negativtrend allerdings abgeschwächt.

Der deutlichste Beschäftigungsrückgang ist - kaum überraschend - in der Industrie zu erwarten, wo der Anteil der Unterneh-

men, die einen Stellenabbau planen, den Anteil der Unternehmen, die zusätzliches Personal einstellen wollen, um zwölf Prozentpunkte übersteigt. Eine ebenfalls relativ negative Entwicklung zeichnet sich in der Baubranche ab. Einen geringfügigen Beschäftigungsaufbau wird es hingegen voraussichtlich im Dienstleistungssektor geben.

3. Investitionen und Neueinstellungen

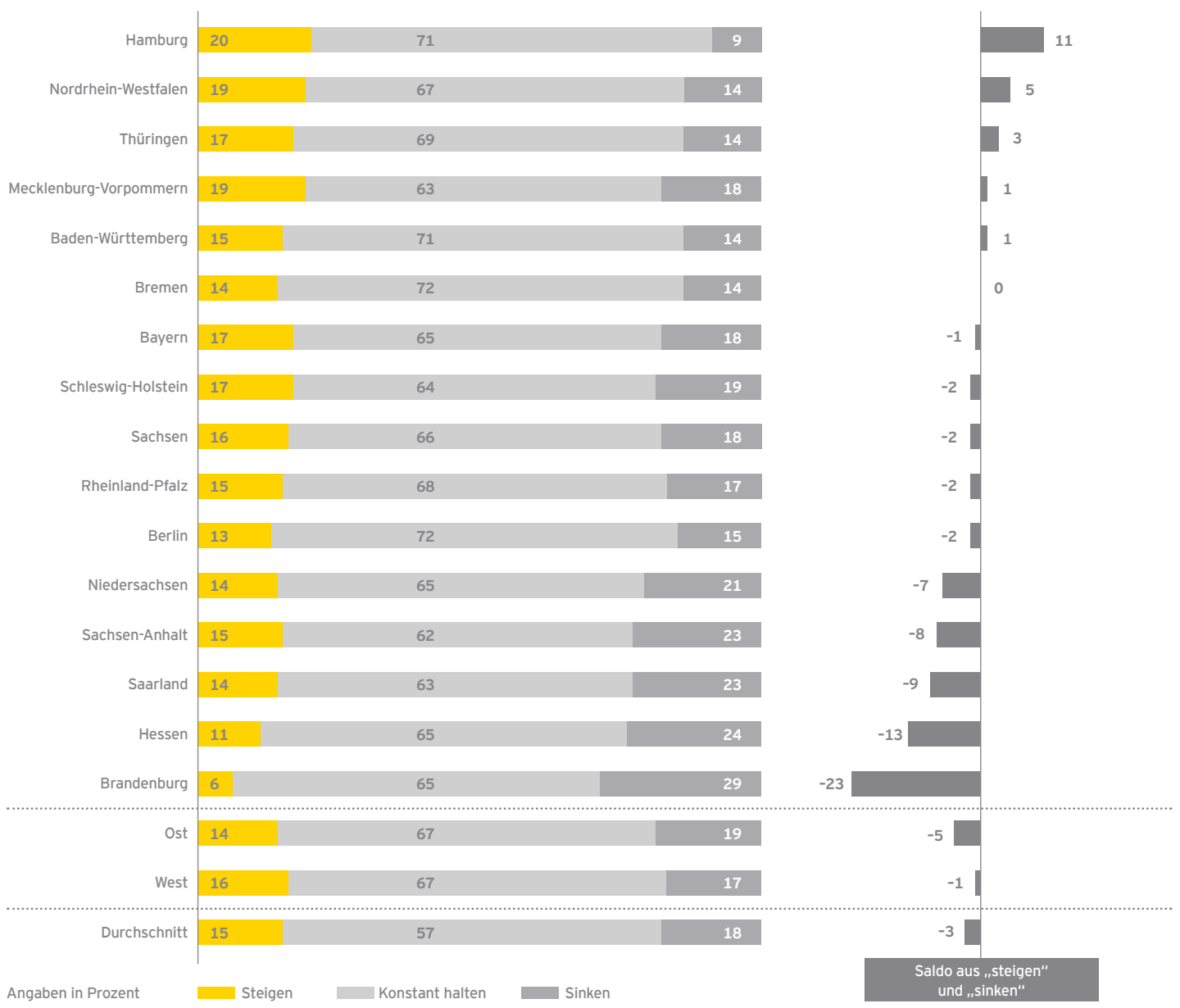
Nur in wenigen Bundesländern ist ein Beschäftigungswachstum im laufenden Jahr zu erwarten: In Hamburg übersteigt der Anteil derer, die zusätzliche Mitarbeiter einstellen wollen, den Anteil der Unternehmen, die die Beschäftigung reduzieren wollen, um immerhin elf Prozentpunkte, in

Nordrhein-Westfalen noch um fünf Prozentpunkte. Einen negativen Saldo ergibt die Befragung hingegen vor allem für Brandenburg (minus 23 Prozentpunkte), Hessen (minus 13 Prozentpunkte), das Saarland (minus neun Prozentpunkte) sowie Sachsen-Anhalt (minus acht Prozentpunkte)

und Niedersachsen (minus sieben Prozentpunkte). In diesen Ländern wird es demnach voraussichtlich einen klaren Rückgang der Beschäftigung im Mittelstand geben.

Beschäftigungsprognose im Bundeslandvergleich

Grafik 10

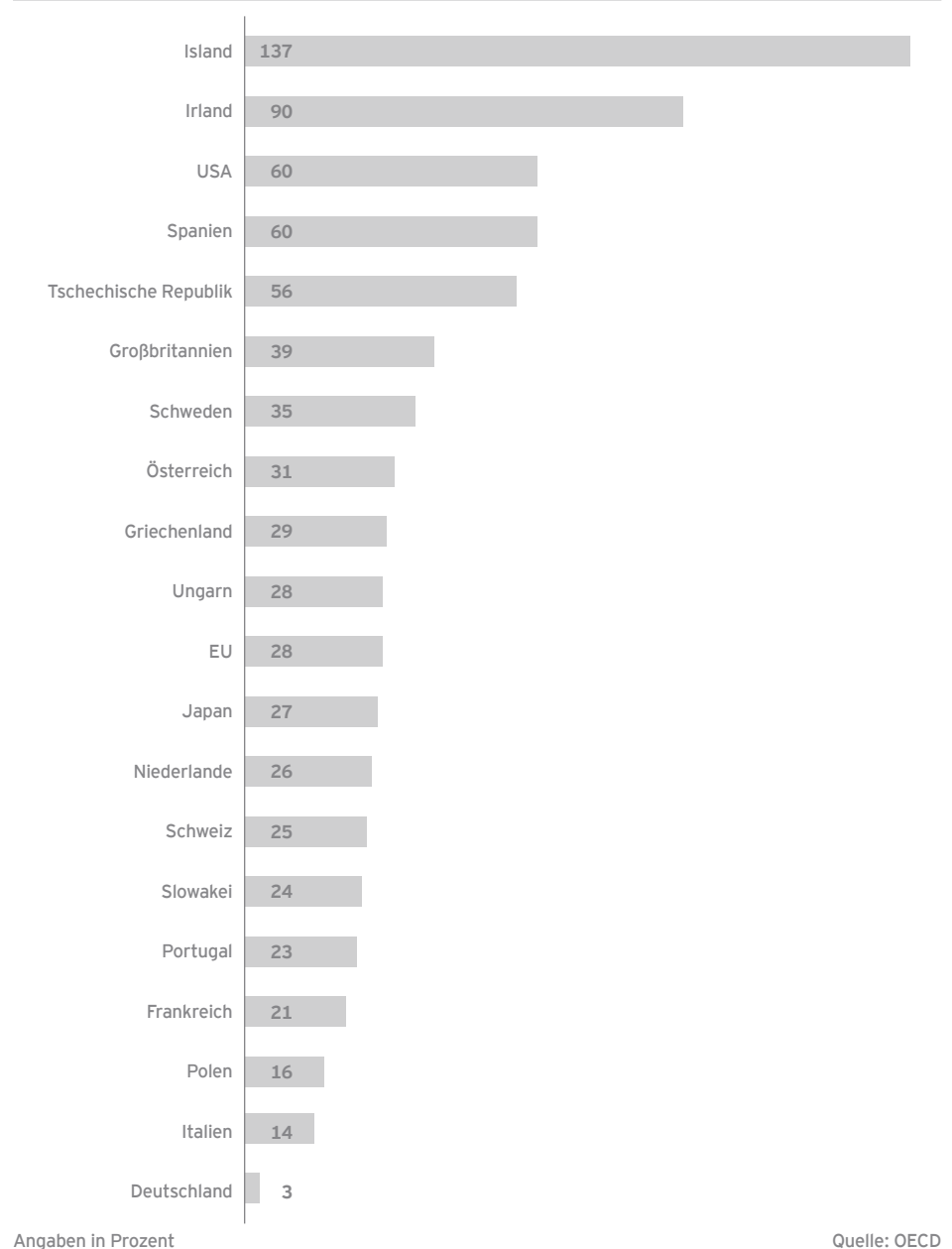


Im deutschen Mittelstand wird es zu einem leichten Beschäftigungsrückgang kommen, nicht aber zu einem deutlichen Arbeitsplatzabbau.

Die Befragungsergebnisse lassen also vermuten, dass es im deutschen Mittelstand zwar insgesamt zu einem leichten Beschäftigungsrückgang kommen wird, einen deutlichen Arbeitsplatzabbau wird es aber wohl nicht geben. Die Zahlen deuten vielmehr darauf hin, dass das im Ausland vielfach bestaunte „deutsche Jobwunder“ auch im Jahr 2010 Bestand haben wird. Im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften hält sich bislang der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland sehr in Grenzen. So wuchs sie in Deutschland von 7,3 Prozent im Jahresdurchschnitt 2008 auf 7,5 Prozent im Jahr 2009 – ein Anstieg um 3 Prozent. In Frankreich war hingegen ein Anstieg um 19 Prozent, in Großbritannien ein Anstieg um 39 Prozent zu verzeichnen. Besonders hart getroffen hat die Krise den Arbeitsmarkt in den USA und Spanien, wo die Arbeitslosigkeit jeweils um 60 Prozent stieg.

Anstieg der Arbeitslosigkeit 2008-2009 Jahresdurchschnitt 2008/2009

Grafik 11



3. Investitionen und Neueinstellungen

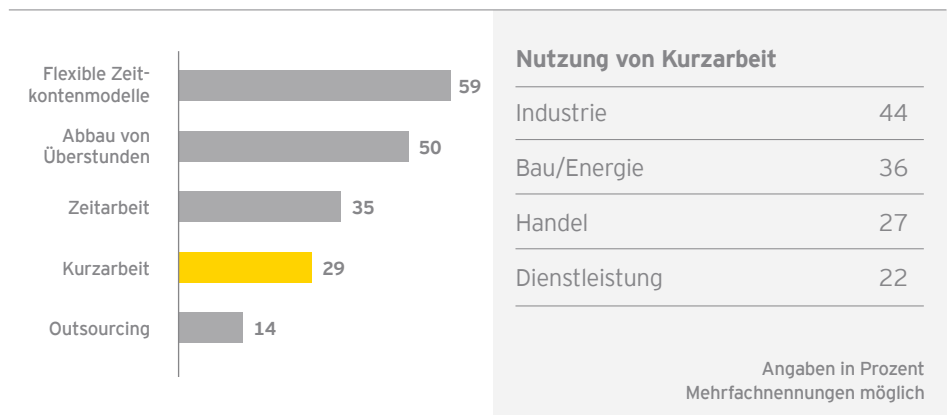
Trotz der tiefen Rezession - die Deutschland sogar härter traf als die meisten anderen Industrieländer - ist der deutsche Arbeitsmarkt im Jahr 2009 also überraschend stabil geblieben. Für diese Entwicklung gab es eine Vielzahl von Gründen: Zum einen hatten die Betriebe bereits vor der Krise in großem Umfang Maßnahmen zur Arbeitszeitflexibilisierung umgesetzt. Die Guthaben von Arbeitszeitkonten, die aus den Boomzeiten positive Salden aufwiesen, konnten nun abgebaut werden. Betriebliche Bündnisse zur Beschäftigungssicherung trugen darüber hinaus zu der stabilen Entwicklung ebenso bei wie arbeitsmarktpolitische Instrumente, allen voran die stark genutzte Kurzarbeit. Zudem wurden in großem Umfang Vollzeit- in Teilzeitjobs umgewandelt.

Die Robustheit des deutschen Arbeitsmarktes erklärt sich also insgesamt durch ein hohes Maß an Flexibilität aufseiten der Betriebe und der Mitarbeiter sowie durch erhebliche staatliche Unterstützungsmaßnahmen.

Flexibilität als Rezept gegen die Krise

„Welche Instrumente zur Flexibilisierung nutzen Sie aktuell?“

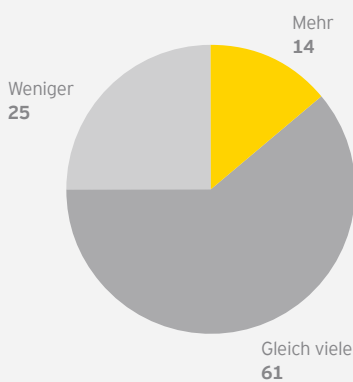
Grafik 12



Unternehmen wollen weniger auf Zeitarbeit zurückgreifen

„Werden Sie im Jahr 2010 mehr oder weniger Zeitarbeitskräfte beschäftigen?“

Grafik 13



Angaben in Prozent

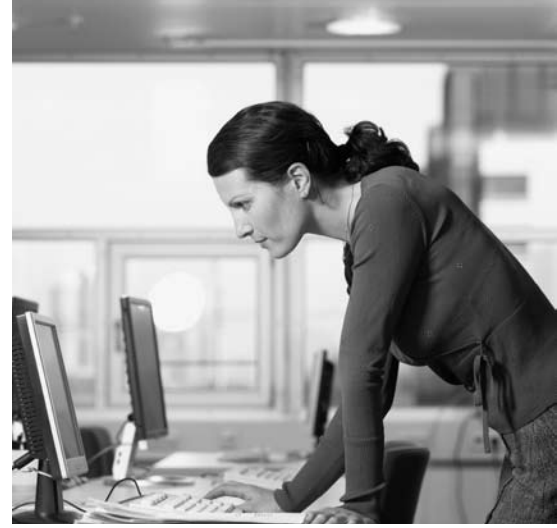
Zudem hat die Krise am stärksten diejenigen Unternehmen und Regionen getroffen, die in den Jahren zuvor überdurchschnittlich stark vom Wirtschaftsaufschwung profitiert hatten und nun vergleichsweise gut aufgestellt waren. Gerade diese Unternehmen haben nun ein großes Interesse daran, ihre gut ausgebildeten Arbeitskräfte zu halten – im Vertrauen darauf, dass sich die Situation in absehbarer Zeit wieder deutlich bessert.

Die Kehrseite der Medaille: Die Produktivität der deutschen Firmen ist so gering wie lange nicht mehr, die Lohnstückkosten im verarbeitenden Gewerbe stiegen um 15,3 Prozent. Die Rentabilität der Unternehmen geht deutlich zurück. Und ein abschließendes Urteil über den langfristigen Erfolg des deutschen Modells wird erst in einigen Jahren gefällt werden können. Vorläufig kann aber festgestellt werden: Der Arbeitsmarkt, der als Achillesferse für Binnenkonjunktur und Staatsfinanzen gilt, konnte stabilisiert werden, eine Negativspirale blieb bislang aus. Denn eine stark steigende Arbeitslosigkeit würde den ohnehin

schwachen Konsum erheblich beeinträchtigen. Auch würden die für die öffentlichen Haushalte wichtigen Lohnsteuereinnahmen weiter sinken, der Finanzbedarf der Arbeitsagentur würde noch stärker steigen.

Andererseits: Wenn es zu dem erhofften Aufschwung kommt, wird dies zunächst wohl kaum positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben. Viele Firmen werden zunächst die Kurzarbeit beenden, die Arbeitszeitkonten auffüllen und auf Überstunden setzen oder Zeitarbeitskräfte beschäftigen. Erst wenn alle diese Mittel nicht mehr ausreichen, um die vollen Auftragsbücher abzuarbeiten, werden die Unternehmen wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Derzeit spricht allerdings nicht viel dafür, dass eine solche Entwicklung unmittelbar bevorsteht. Im Gegenteil: Von den Unternehmen, die aktuell Zeitarbeitskräfte beschäftigen, will jedes vierte Unternehmen deren Zahl im laufenden Jahr reduzieren, nur 14 Prozent setzen auf den Einsatz zusätzlicher Zeitarbeitskräfte. Auch in diesem Bereich ist der Negativtrend also noch nicht gestoppt.

Die Robustheit des deutschen Arbeitsmarktes erklärt sich durch ein hohes Maß an Flexibilität bei Betrieben und Mitarbeitern sowie durch staatliche Unterstützungsmaßnahmen.

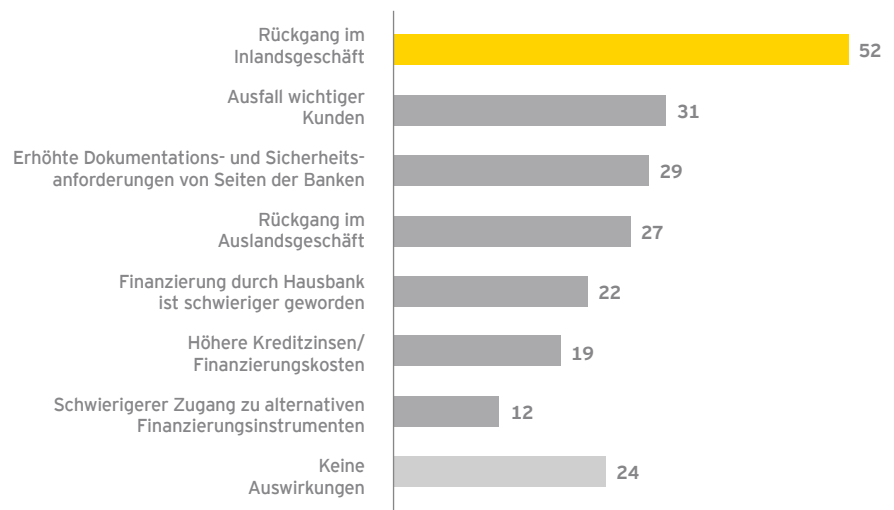


4. Fit für den Aufschwung?

Drei von vier deutschen Mittelständlern spüren derzeit die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. In erster Linie schlägt sich die Krise in einem zum Teil erheblichen Umsatzrückgang - sowohl im Inlands- als auch im Auslandsgeschäft - nieder. Auch der (vielfach insolvenzbedingte) Ausfall wichtiger Kunden stellt für immerhin jedes dritte Unternehmen ein Problem dar. Auch und gerade im Bereich der Unternehmensfinanzierung hinterlässt die Krise ihre Spuren: Fast jeder dritte Mittelständler klagt über erhöhte Dokumentations- und Sicherheitsanforderungen vonseiten der Banken, 22 Prozent geben an, dass die Finanzierung durch die Hausbank insgesamt schwieriger geworden sei, und jedes fünfte Unternehmen sieht sich mit höheren Kreditzinsen bzw. Finanzierungskosten konfrontiert.

Jeder fünfte klagt über Finanzierungsprobleme

„Welche Auswirkungen der Krise stellen Sie in Ihrem Unternehmen aktuell fest?“ Grafik 14



Angaben in Prozent

Mehrfachnennungen möglich

Trotz der etwas verbesserten Geschäftslage im deutschen Mittelstand kam oder kommt für viele Unternehmen der zaghafte Aufschwung zu spät.

Trotz der etwas verbesserten Geschäftslage im deutschen Mittelstand, kam oder kommt für viele Unternehmen der zaghafte Aufschwung zu spät. Vor allem Unternehmen, die schon vor der Krise in Schwierigkeiten waren, können oftmals gar nicht oder nur mit Mühe den Geschäftsbetrieb aufrechterhalten. Viele sind bereits in die Insolvenz gegangen – gerade im Maschinenbau und in der Industrie. Sollte es nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Lage kommen, wird diese Entwicklung voraussichtlich anhalten.

Dies ist auch an den Insolvenzzahlen abzulesen: Nachdem im Jahr 2008 in Deutschland etwa 29.300 Unternehmensinsolvenzen gezählt wurden, waren es 2009 schon 32.690 – ein Anstieg um 12 Prozent.

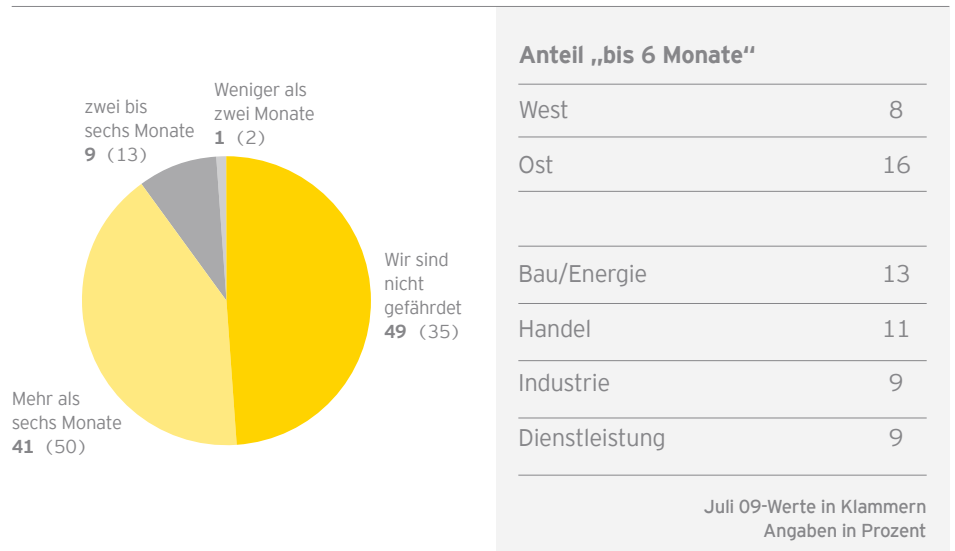
Die prognostizierte Verbesserung der Wirtschaftslage wird voraussichtlich nicht verhindern können, dass die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gerade im Mittelstand im Jahr 2010 weiter steigt. Denn selbst wenn inzwischen wieder eine leichte Erholung festzustellen ist – ein Produktionseinbruch, wie es ihn 2009 gegeben hat, hinterlässt deutliche Spuren. Es wird noch mindestens zwei Jahre dauern, bis Deutschland beim Produktionsvolumen wieder auf dem Stand der Zeit vor der Krise ist. Eine solche Unterauslastung der Kapazitäten beschleunigt die Marktbereinigung.

Die steigende Zahl von Insolvenzen bringt auch bislang gesunde Unternehmen in Schwierigkeiten, denn Forderungsausfälle

Jedes zehnte Unternehmen gefährdet

„Sollte es in der nächsten Zeit nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Wirtschaft in Deutschland kommen: Wie lange würde es dauern, bis Ihr Unternehmen gefährdet wäre?“

Grafik 15



können durchaus zu existenzbedrohenden Situationen führen. Einigen Unternehmen wird auch die wachsende Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe zum Verhängnis – wer schon vor der Krise Probleme hatte, kann jetzt kaum noch auf Entgegenkommen vonseiten der Banken hoffen; die Banken sind bei der Kreditvergabe – durchaus zu Recht – sehr vorsichtig geworden.

Auch die Befragungsergebnisse zeigen, dass nach wie vor eine große Zahl von Unternehmen potenziell gefährdet ist. Bei je-

dem zehnten Unternehmen würde nach eigener Auskunft das Ausbleiben eines nachhaltigen Aufschwungs zu existenziellen Problemen führen – nur jedes zweite Unternehmen sieht sich derzeit hingegen vollständig gegen die Auswirkungen der Krise gefeit. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Situation besonders schwierig: Jeder sechste ostdeutsche Mittelständler befände sich in einer kritischen Situation, wenn es in den kommenden sechs Monaten nicht zu einer durchgreifenden Verbesserung der Wirtschaftslage kommt.

4. Fit für den Aufschwung?

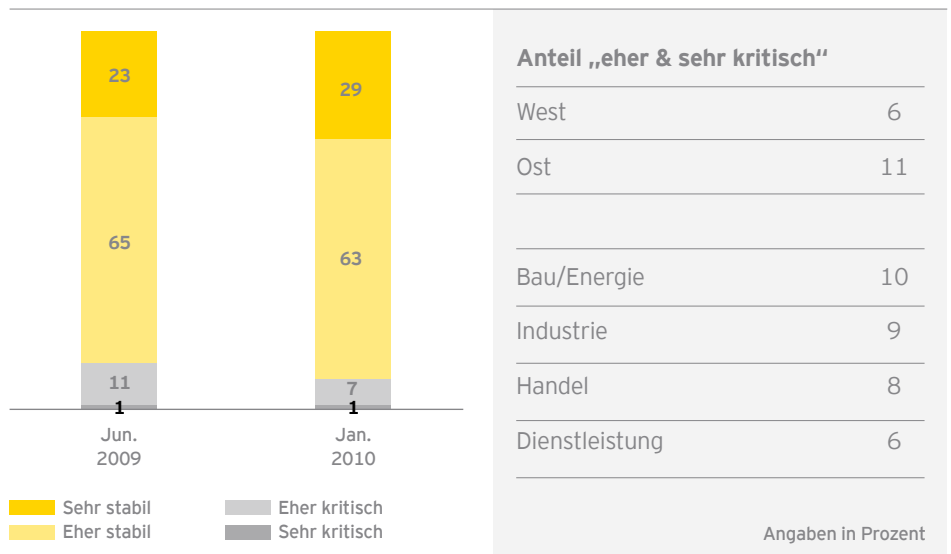
Im Juni 2009 allerdings war die Situation der Unternehmen noch angespannter: Deutschlandweit gaben 15 Prozent der mittelständischen Unternehmen an, in einer potenziell kritischen Lage zu sein; dieser Wert ist inzwischen auf 10 Prozent gesunken. Das erklärt sich zum einen aus der etwas verbesserten Geschäftslage, zum anderen sind einige der Unternehmen, die in einer kritischen Situation waren, tatsächlich insolvent geworden. Insgesamt aber lässt sich feststellen, dass sich die Lage im Vergleich zum Sommer 2009 etwas entspannt hat.

Das zeigen auch die folgenden Ergebnisse: Derzeit bezeichnen acht Prozent der Befragten den Zustand ihres Unternehmens als eher oder sehr kritisch - im Juni lag der Anteil noch bei zwölf Prozent. Deutlich gestiegen ist der Anteil der Unternehmen, die sich in einer sehr stabilen Lage befinden: von 23 auf 29 Prozent.

Wird die aktuelle Krise dazu führen, dass die Gesamtheit der in Deutschland ansässigen Unternehmen geschwächt wird? Verliert der Export- und Industriestandort Deutschland eventuell an Wettbewerbsfähigkeit? Zumindest die mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind mehrheitlich vom Gegenteil überzeugt: 66 Prozent der Befragten erwarten, dass das eigene Unternehmen sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen wird.

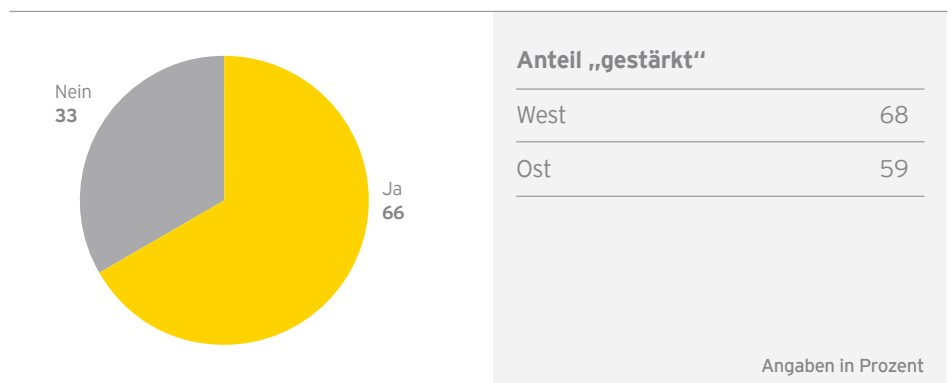
Situation etwas entspannt

„Wie würden Sie den aktuellen Zustand Ihres Unternehmens bezeichnen? Als ...“ **Grafik 16**



Mehrheit hofft auf Stärkung durch Krise

„Denken Sie, dass Ihr Unternehmen gestärkt aus der Krise hervorgehen wird?“ **Grafik 17**



Im Vergleich zum Sommer 2009 hat sich die Lage im deutschen Mittelstand etwas entspannt.

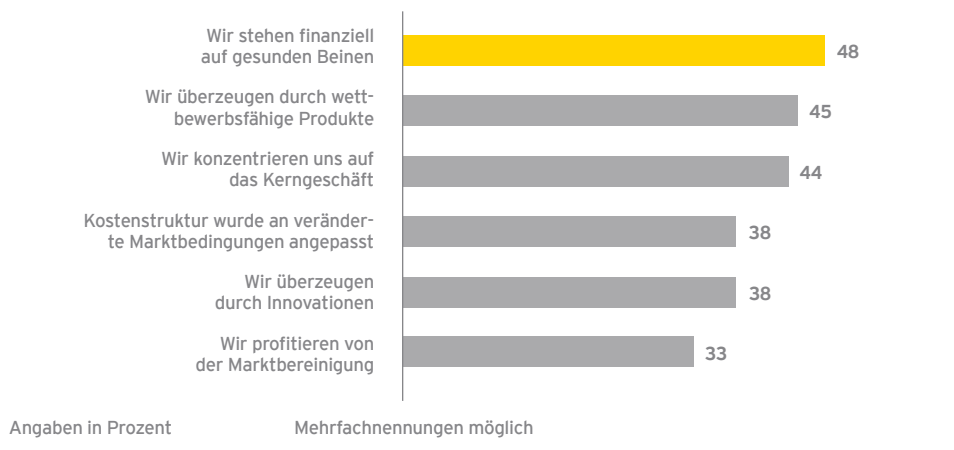
Dieser Optimismus speist sich in erster Linie aus einer nach wie vor guten finanziellen Situation der Unternehmen: Nahezu jedes zweite Unternehmen gibt an, derzeit finanziell auf „gesunden Beinen“ zu stehen. Fast ebenso viele (45 Prozent) sind der Auffassung, weiterhin dank der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Produkte am Markt bestehen zu können. Aber auch zu einer Verschlankung gab die Krise vielen Unternehmen Anlass: 44 Prozent konzentrieren sich nun auf ihr Kerngeschäft, 38 Prozent haben ihre Kosten allgemein gesenkt.

Wer hingegen angibt, aus der Krise voraussichtlich nicht gestärkt hervorzugehen, führt dies in erster Linie auf langfristig verloren gegangene Marktanteile sowie dauerhaft niedrigere Gewinnmargen zurück. Jeweils etwa jeder fünfte Mittelständler erwartet eine solche Entwicklung. Acht Prozent der Unternehmen befürchten, gesunkene Liquiditätsreserven bzw. eine reduzierte Eigenkapitalbasis könnten verhindern, dass sie von einem Aufschwung profitieren.

Vorteil: gute Produkte, niedrige Kosten

„Was sind für Sie die wesentlichen Gründe dafür, dass Ihr Unternehmen **gestärkt** aus der Krise hervorgehen wird?“

Grafik 18



Aber: jeder fünfte verliert langfristig Marktanteile

„Was sind für Sie die wesentlichen Gründe dafür, dass Ihr Unternehmen **nicht gestärkt** aus der Krise hervorgehen wird?“

Grafik 19

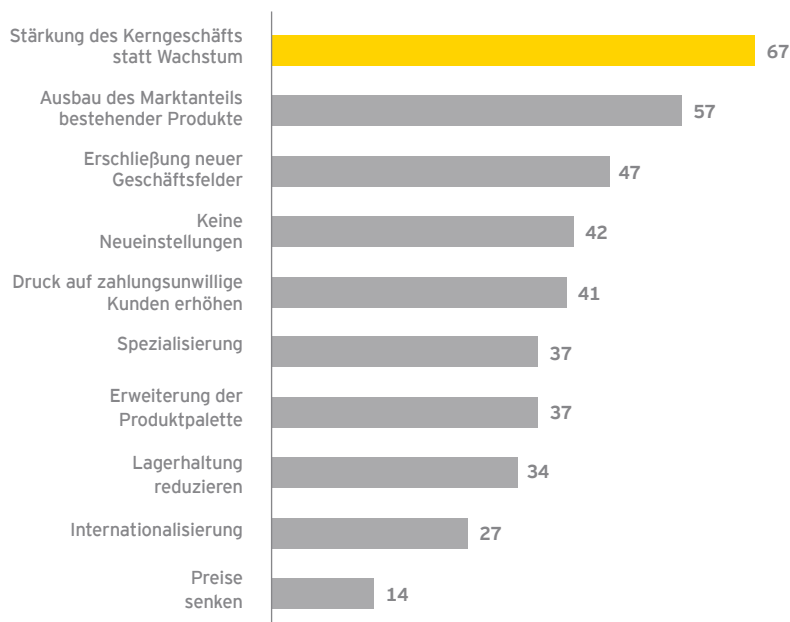


4. Fit für den Aufschwung?

Wie Mittelständler die Krise überstehen wollen

„Welche der folgenden Maßnahmen wollen Sie in den nächsten Wochen oder Monaten ergreifen?“

Grafik 20



Angaben in Prozent

Mehrfachnennungen möglich

Die Strategien, mit denen Deutschlands Mittelständler die Krise bewältigen wollen, sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von konservativen, bewahrenden Maßnahmen bis hin zu aggressiven Wachstumsstrategien. Dabei setzt die Mehrheit der Unternehmen auf einen Schutz des eigenen Kerngeschäfts - das Erschließen neuer Geschäftsfelder, die Erweiterung der Produktpalette oder die Expansion in neue Regionen steht nur bei einer Minderheit auf der Agenda.

Diese Ergebnisse deuten auf ein insgesamt eher vorsichtiges und zurückhaltendes Krisenmanagement aufseiten des deutschen Mittelstands hin. Das ist angesichts des starken Rückgangs der Wirtschaftsleistung und damit auch des Vertrauens nur zu verständlich. Andererseits: Kostensenkungsmaßnahmen sind sicher nötig, um Umsatzrückgänge aufzufangen - Marktanteile lassen sich so aber kaum gewinnen. Und wer nur auf eine Marktberreinigung durch den Ausfall von Konkurrenten setzt, könnte die Finanzkraft und Expansionsfreudigkeit beispielsweise fernöstlicher Konkurrenten unterschätzen.

Denn deutsche Unternehmen stehen zunehmend in einem globalen Wettbewerb - auch mit Firmen aus China, Indien oder Brasilien. Und gerade in diesen Ländern war von der weltweiten Rezession relativ wenig zu spüren. Entsprechend stark aufgestellt sind die dortigen Unternehmen heute. Von Vertrauensverlust keine Spur - im Gegenteil: Viele Unternehmen aus den Schwellenländern nutzen die vorübergehende Schwächung ihrer Konkurrenten aus den Industriestaaten, um ihnen Absatzmärkte streitig zu machen.

Der deutsche Mittelstand hat in den vergangenen Monaten bewiesen, dass er mit der Krise überraschend gut fertig werden kann. Jetzt muss er zeigen, dass er auch für den Aufschwung gerüstet ist.

In Deutschland hingegen geht nur eine Minderheit der Mittelständler derzeit in die Offensive und sucht nach neuen Marktchancen. Das Hinterfragen des eigenen Geschäftsmodells, ehrgeizige Wachstumsstrategien, das Eingehen strategischer Kooperationen und Allianzen sowie die Erschließung neuer Märkte stehen kaum auf der Tagesordnung.

Obwohl die Zuversicht im deutschen Mittelstand langsam zurückkehrt, agieren die deutschen Mittelständler also nach wie vor sehr zurückhaltend und versuchen, möglichen Risiken aus dem Weg zu gehen. Für einen eventuell nahen Aufschwung sind sie so allerdings nicht optimal gerüstet. Der Grund für die Zurückhaltung – die sich auch im Investitionsverhalten und in der geringen Bereitschaft, neue Mitarbeiter einzustellen, widerspiegelt, ist klar: Nach wie vor mangelt es an Vertrauen, der Schock der Krise sitzt noch immer tief. Die Manager wollen vermeiden, womöglich einem neuerlichen Konjunkturerinbruch zum Opfer zu fallen. Diese Haltung ist zwar verständlich, aber auch gefährlich. Denn wenn der deutsche Mittelstand in Wartestellung verharrt, droht er, den Anschluss zu verpassen. Also sollten die Unternehmen, die dazu in der Lage sind, schnellstmöglich wieder auf Wachstum umschalten.

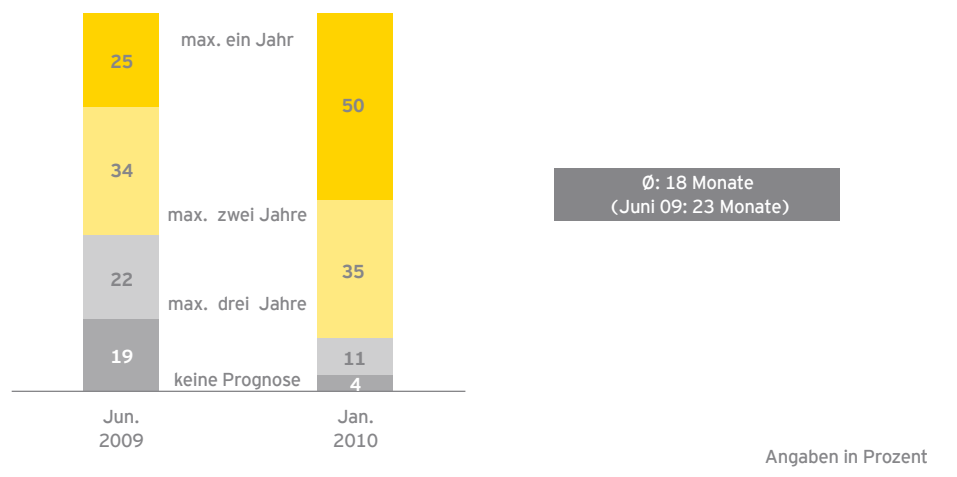
Der deutsche Mittelstand hat in den vergangenen Monaten bewiesen, dass er mit der Krise überraschend gut fertigwerden kann. Jetzt muss er zeigen, dass er auch für den Aufschwung gerüstet ist.

Eine rasche Rückkehr zur Normalität wird es nach Ansicht der Befragten aber wohl nicht geben. Zwar hofft immerhin jeder

Ende der Krise rückt näher

„Wann rechnen Sie wieder mit einem deutlichen Aufschwung der deutschen Wirtschaft?“

Grafik 21



zweite Mittelständler auf einen deutlichen Wirtschaftsaufschwung noch im Jahr 2010. Jeder dritte sagt die Konjunkturerholung jedoch erst für das Jahr 2011 voraus, weitere elf Prozent sind sogar der Meinung, dass sich die Wirtschaftslage erst 2012 deutlich verbessere. Im Durchschnitt prognostizieren die Befragten, dass es erst zur Jahresmitte 2011 zu einem echten Aufschwung kommen wird. Der Anteil derer, die sich keine Prognose zutrauen, ist im vergangenen halben Jahr deutlich von 19 auf vier Prozent zurückgegangen – ein Zeichen für eine insgesamt gestiegene Zuversicht und Sicherheit.

5. Der Standort Deutschland im Urteil des Mittelstands

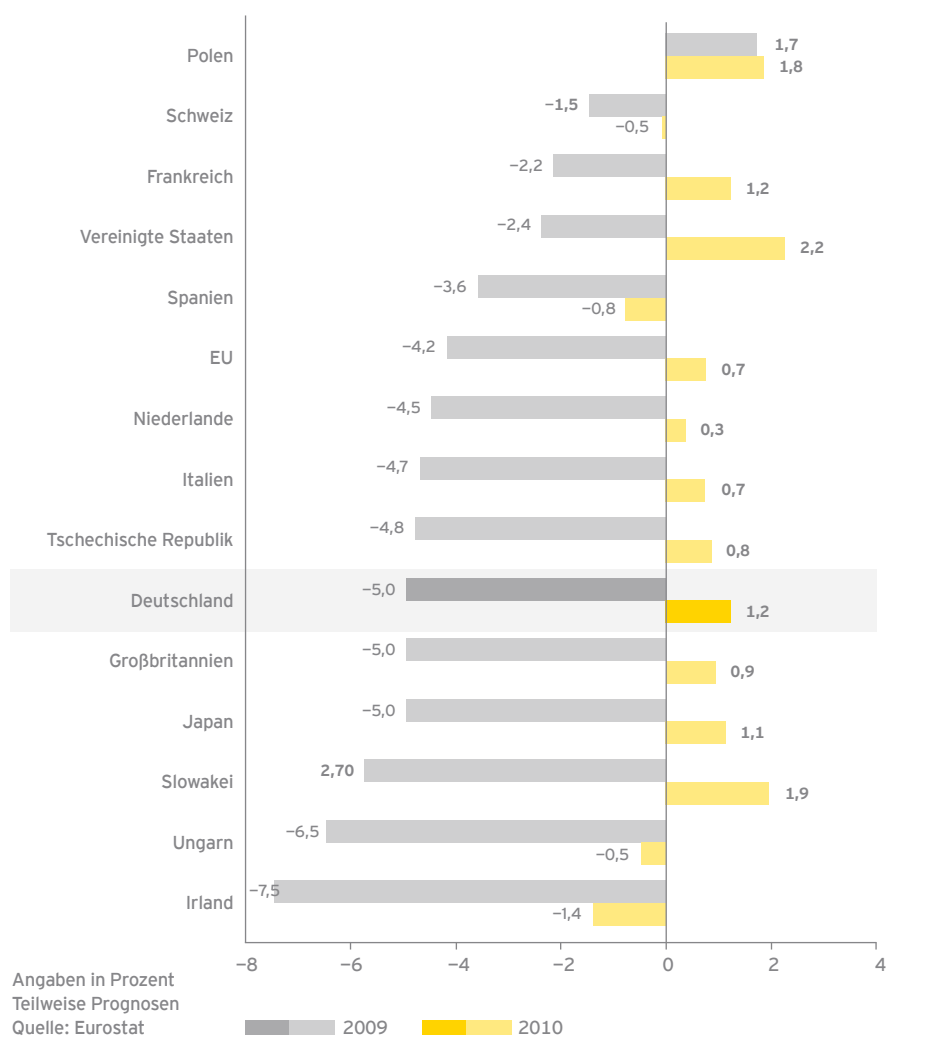


Deutschland hatte in den Jahren vor der weltweiten Rezession erheblich an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Nach einigen Jahren, die von hoher Arbeitslosigkeit, schwachem Wirtschaftswachstum und einer wachsenden Staatsverschuldung geprägt waren, brachten die Jahre 2006 und 2007 den Umschwung: Die Stimmung in der Wirtschaft stieg, die Unternehmen investierten wieder und stellten Mitarbeiter ein. Eine optimistische, zuversichtliche Stimmung löste den zuvor herrschenden Pessimismus ab. Die Kritik am Standort Deutschland verstummte zusehends. Stattdessen setzte sich die Erkenntnis durch, dass auch ein Hochlohnstandort wie Deutschland international wettbewerbsfähig sein kann, wenn die Unternehmen konsequent auf Qualität und Innovation setzen. Im europäischen Vergleich wuchs die deutsche Wirtschaft überdurchschnittlich stark, sie wurde sogar als „Wachstumslokomotive Europas“ bezeichnet.

Nun hat die Wirtschaftskrise gerade Deutschland aufgrund seiner stark exportorientierten Wirtschaftsstruktur und der erheblichen Bedeutung des industriellen Sektors mit großer Wucht getroffen. Insbesondere der für Deutschland so wichtige Automobilsektor hatte und hat mit der weltweit eingebrochenen Nachfrage zu kämpfen. Deutschland scheint stärker betroffen als viele seiner Nachbarländer - dies legt zumindest der Blick auf die BIP-Wachstumswerte nahe. Während das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland um fünf Prozent zurückging, war im Nachbarland Frankreich „nur“ ein Rückgang um 2,2 Prozent zu verzeichnen, in der Schweiz sogar nur um 1,5 Prozent.

BIP-Entwicklung: Deutschland im internationalen Vergleich

Grafik 22



Trotz Krise: Die Zufriedenheit der Unternehmen mit dem Standort Deutschland ist so hoch wie seit Beginn der Befragung nicht.

Die Krise zeigt aber auch: Die heimische Industrie ist nach den jahrelangen Wirtschafts- und Sozialreformen, die zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und zu flexiblen Arbeitsmarktstrukturen geführt haben, sehr widerstandsfähig. Denn die Zahl der Insolvenzen stieg zwar deutlich, aber nicht drastisch. Und die Arbeitslosigkeit nahm - wie bereits angesprochen - nur geringfügig zu. Das Vertrauen, dass es sich nur um einen vorübergehenden Einbruch handelt, scheint relativ groß zu sein.

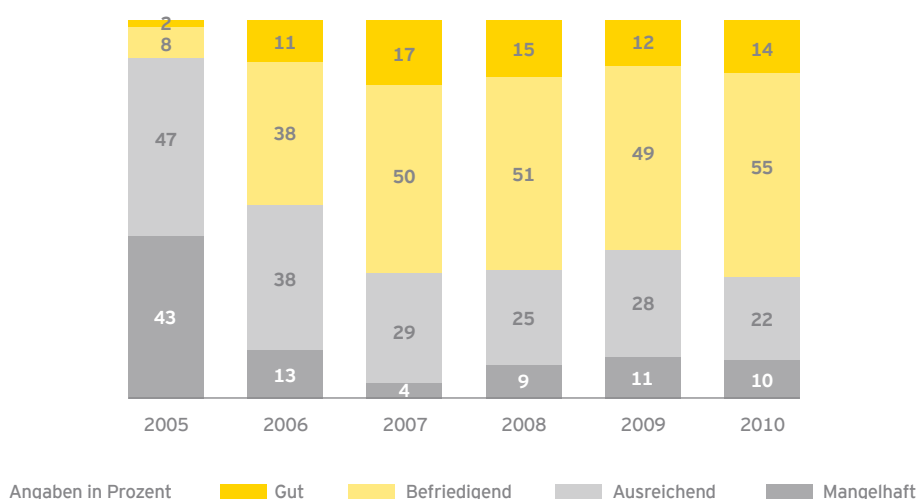
Die meisten Beobachter gehen inzwischen davon aus, dass Deutschland - ist die Krise erst einmal überstanden - im nächsten globalen Wirtschaftsaufschwung überdurchschnittlich stark von den spezifischen Vorteilen des Standorts profitieren können wird, die das Land zu Beginn der Krise auszeichneten. Dazu zählen die qualitativ hochwertige Produktpalette, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, der hohe Weltmarktanteil, der breit aufgestellte Export und die - auch dank einer konservativen Finanzierungsstrategie - relativ gesunden Bilanzen der Unternehmen sowie die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Für das Jahr 2010 wird bereits ein - im Vergleich zu den übrigen EU-Ländern - überdurchschnittlich starkes Wirtschaftswachstum erwartet.

Wie stehen die Mittelständler zum Standort Deutschland? Wie bewerten sie die Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung versucht hat, die Auswirkungen der Krise zu meistern und gleichzeitig Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten? Bislang galt die Faustregel: Je positiver die Wirtschaftslage, desto größer die Zufriedenheit mit der Standortpolitik. Demnach wäre ein deutlicher Rückgang bei der Zustimmung zur Standortpolitik zu erwarten. Die Krise hat nun allerdings auch diese Regel außer Kraft gesetzt: Trotz des dramatischen Wirtschaftseinbruchs seit der letzten Befragung ist die Zufriedenheit der Unternehmen mit dem Standort Deutschland und der Standortpolitik sogar noch gestiegen. Derzeit bewerten 69 Prozent der Befragten die Standortpolitik positiv - ein Jahr zuvor lag der Anteil bei 61 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 2005 beurteilten noch 90 Prozent aller Befragten die Politik für den Standort Deutschland negativ („ausreichend“ oder „mangelhaft“), nur zehn Prozent äußerten sich zufrieden.

Weiterhin gute Noten für Standortpolitik

„Wie bewerten Sie die bundesweite Standortpolitik?“

Grafik 23



Im Jahr 2005 beurteilten noch 90 Prozent aller Befragten die Politik für den Standort Deutschland negativ („ausreichend“ oder „mangelhaft“), nur zehn Prozent äußerten sich zufrieden.

Trotz dieses sehr positiven Urteils über die deutsche Standortpolitik: Derzeit spricht vieles dafür, dass die Wirtschaftskrise letztlich zu einem neuen Kräfteverhältnis zwischen entwickelten Industrienationen und Schwellenländern führen wird - und zwar zulasten der Industrieländer. Die entwickelten Länder wurden von der Rezession sehr hart getroffen und finden nur langsam den Weg aus der Krise: So sank die Wirtschaftsleistung in den entwickelten Ländern im

Jahr 2009 laut IWF um 3,2 Prozent, während sie beispielsweise in China um 8,7 Prozent und in Indien um 5,6 Prozent stieg. Für das Jahr 2010 prognostiziert der IWF ein Wirtschaftswachstum in den entwickelten Ländern um 2,1 Prozent. In China soll die Wirtschaftsleistung hingegen um 10,0 in Indien um 7,7 und in Brasilien um 4,7 Prozent steigen.

Diese Zahlen zeigen: Die Krise führt dazu, dass sich der Aufholprozess der Schwellenländer noch weiter beschleunigt. Dementsprechend steigt auch ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht. Wenngleich der Standort Deutschland sich bislang sehr krisenfest erwiesen hat und sich damit durchaus positiv von vielen anderen europäischen Ländern abhebt, die Herausforderungen, denen der Standort ausgesetzt ist, haben aufgrund der Krise eher noch zugenommen, die Konkurrenz vonseiten der aufstrebenden Schwellenländer wird weiter an Intensität gewinnen.



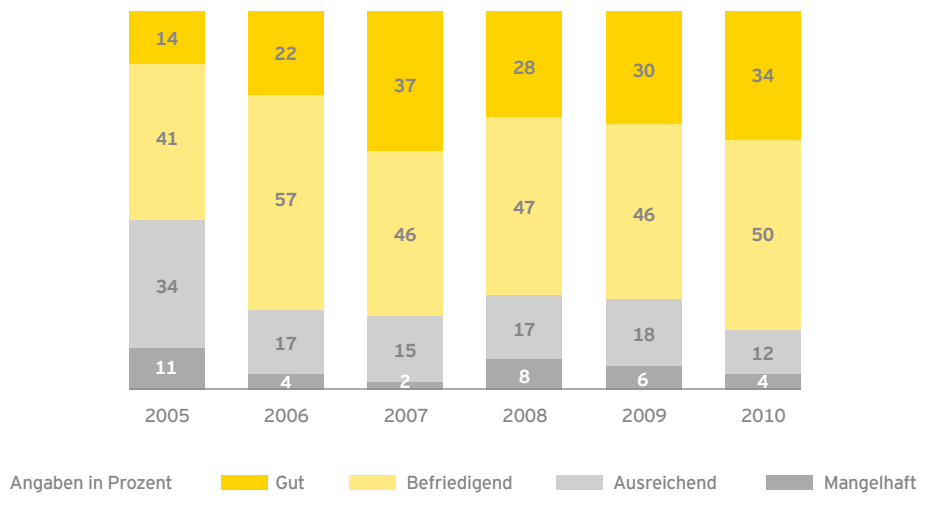
6. Regionale Rahmenbedingungen im Vergleich

Bei der Frage nach der Zufriedenheit der Unternehmen mit den regionalen Rahmenbedingungen zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine weiter gestiegene Zustimmung. Jeder dritte Mittelständler ist mit den lokalen Bedingungen uneingeschränkt zufrieden, jeder zweite äußert sich eingeschränkt positiv. Insgesamt geben somit 84 Prozent der Befragten ein positives Votum ab – im Vorjahr waren es nur 76 Prozent. Festzuhalten ist also auch hier, dass trotz der schwachen Geschäftslage die Rahmenbedingungen vor Ort sogar noch positiver bewertet werden als in den Vorjahren.

Der Bundeslandvergleich zeigt, dass die Standortzufriedenheit der Mittelständler in fast allen Bundesländern gestiegen ist. Nur im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern ist ein leichter Rückgang festzustellen. Besonders ausgeprägt ist der Anstieg der regionalen Standortzufriedenheit in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin. Insgesamt am zufriedensten sind die Unternehmen in den wirtschaftsstarken westdeutschen Bundesländern: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Überwiegend Lob für regionale Rahmenbedingungen
 „Wie bewerten Sie die Rahmenbedingungen in Ihrem Bundesland?“

Grafik 24



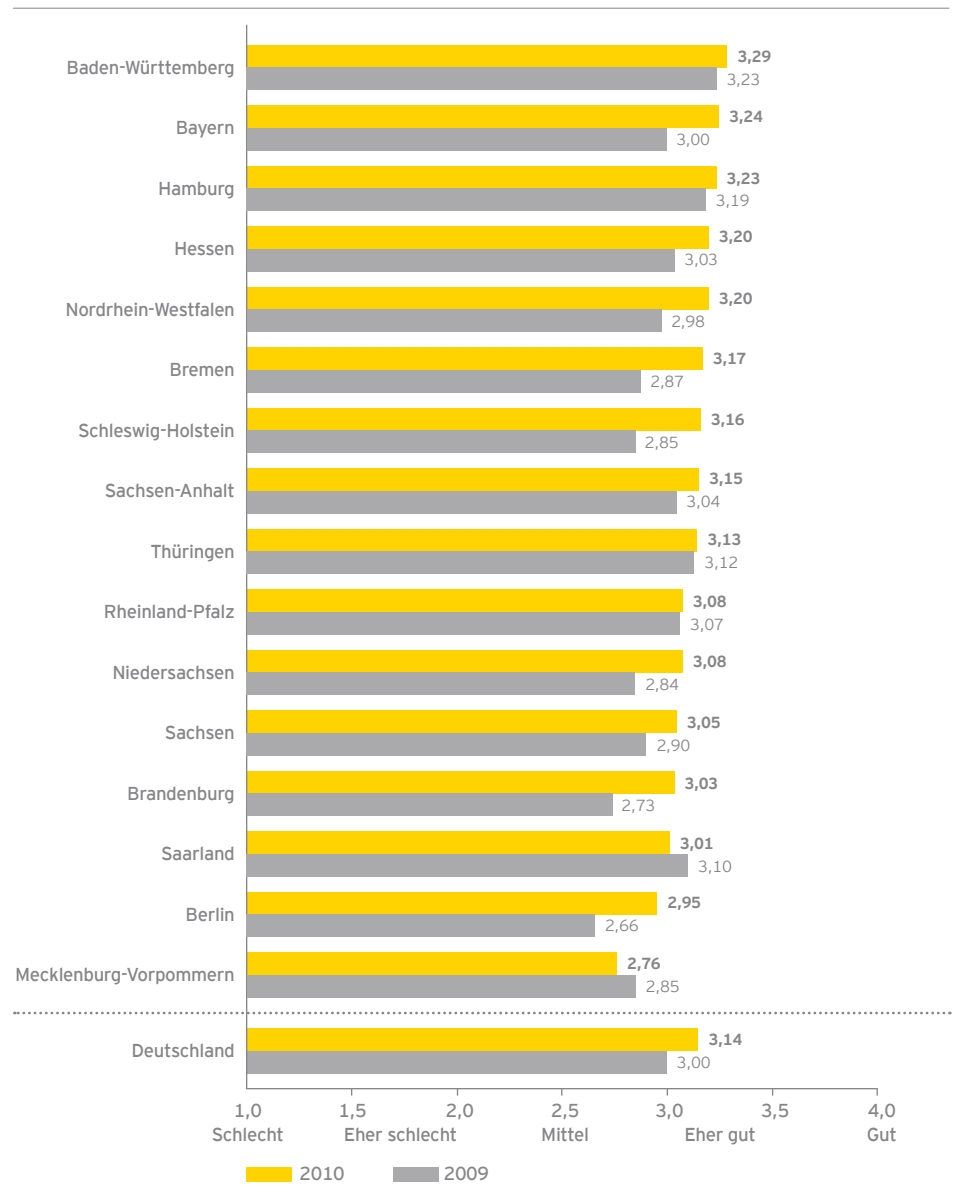
In fast allen Bundesländern ist die Standortzufriedenheit gestiegen.

Der Bundeslandvergleich zeigt, dass die Standortzufriedenheit der Mittelständler in fast allen Bundesländern gestiegen ist. Nur im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern ist ein leichter Rückgang festzustellen. Besonders ausgeprägt ist der Anstieg der regionalen Standortzufriedenheit in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin. Insgesamt am zufriedensten sind die Unternehmen in den wirtschaftsstarke westdeutschen Bundesländern: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen.

Bewertung der regionalen Rahmenbedingungen - Bundeslandvergleich

„Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen für Unternehmen in Ihrem Bundesland?“

Grafik 25



6. Regionale Rahmenbedingungen im Vergleich

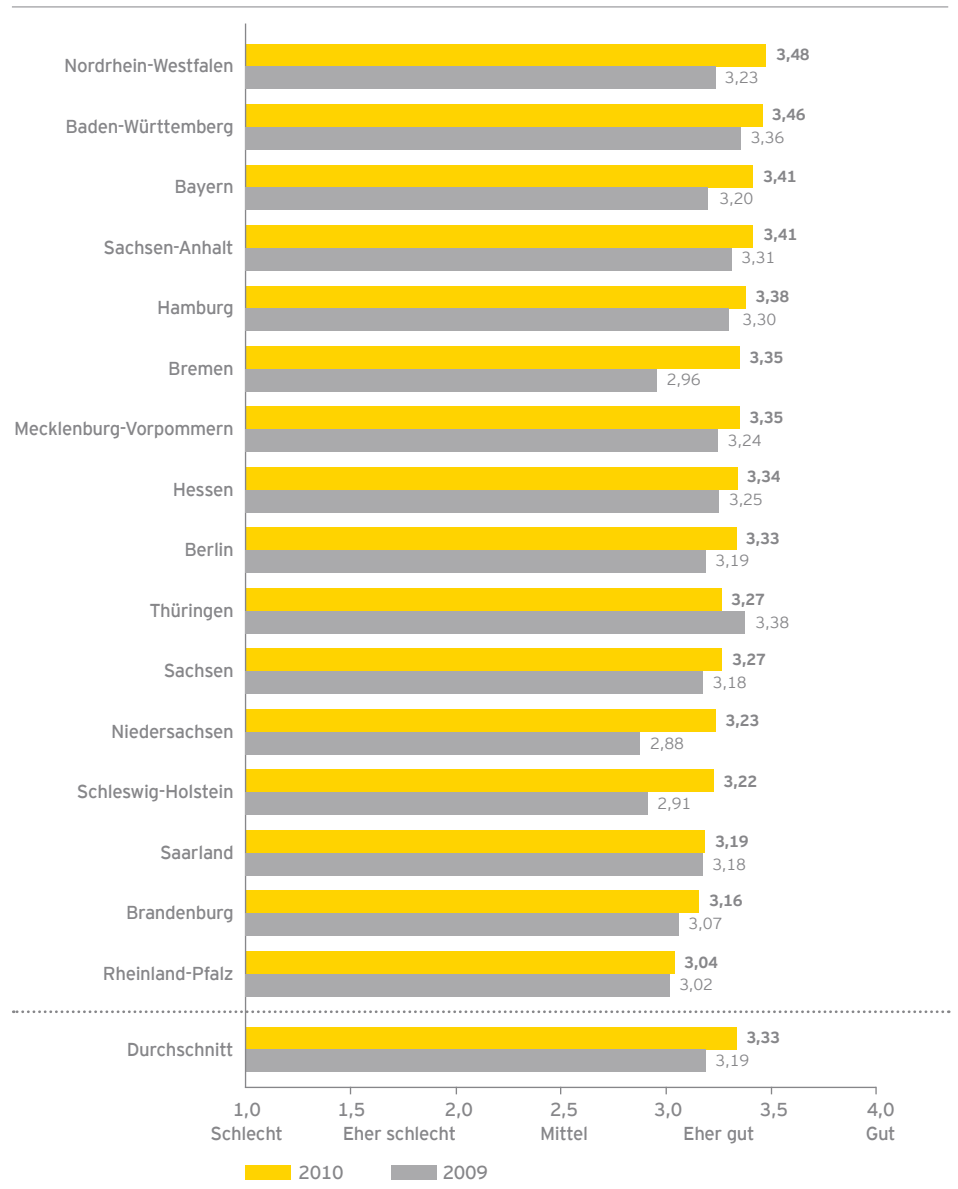
Ein Blick auf die verschiedenen abgefragten Standortfaktoren – Infrastruktur, Bildungspolitik, Förderpolitik und Mittelstandspolitik – zeigt ebenfalls eine stabil positive Entwicklung.

Zum Bereich *Infrastruktur* zählen etwa Straßen- und Bahnnetze, Anbindung an Schifffahrt, die Verfügbarkeit von Büro- und Gewerbeflächen sowie die Qualität von Telekommunikationseinrichtungen. Obwohl Bund, Länder und Kommunen ihre Ausgaben für Infrastrukturprojekte (etwa Straßenbau) über mehrere Jahre hinweg zurückgefahren haben und erst im Jahr 2007 wieder ein Anstieg der Ausgaben feststellbar war, ist die Zufriedenheit der Mittelständler mit der regionalen Infrastruktur recht hoch und liegt etwa auf dem Vorjahreswert. Was für Deutsche selbstverständlich ist, findet im Ausland vielfach sehr hohe Anerkennung: Im internationalen Vergleich ist die deutsche Infrastruktur nach wie vor exzellent. Eine gute Infrastruktur ist die Kernvoraussetzung, um einen ausgeprägten Industrie- und Produktionsstandort wie Deutschland mit seinen komplexen Rohstoff- und Warenströmen wettbewerbsfähig betreiben zu können. Trotz eines erheblichen Investitionsstaus in diesem Bereich ist Deutschland – auch aufgrund seiner zentralen geografischen Lage in Mitteleuropa als „natürliches“ Tor zu den Märkten in Mittel- und Osteuropa – einer der Top-Logistikstandorte weltweit.

Zufriedenheit mit der Infrastruktur - Bundeslandvergleich

„Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen in Ihrem Bundesland hinsichtlich der Infrastruktur?“

Grafik 26



Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zustimmung zur Infrastrukturpolitik im Bundesdurchschnitt weiter gestiegen; auf der Ebene der einzelnen Bundesländer gibt es allerdings einige Verschiebungen. Besonders hoch ist die Zufriedenheit mit der Infrastrukturpolitik in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Besonders deutlich gestiegen ist die Zufriedenheit mit diesem Standortfaktor in Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Deutliche Rückgänge sind in keinem Bundesland zu verzeichnen.

Insgesamt ist der Unterschied zwischen den am besten und den am schlechtesten platzierten Ländern weiterhin gering, was auch zeigt, dass deutschlandweit gute Rahmenbedingungen vorgefunden werden. Kein Land erhält mehr schlechte als gute Noten.

Beurteilung der Infrastrukturpolitik - Jahresvergleich		
	Gut	Eher gut
2008	46 %	33 %
2009	47 %	32 %
2010	53 %	32 %



6. Regionale Rahmenbedingungen im Vergleich

Obwohl die *Bildungspolitik* zum großen Teil in der Kompetenz der Länder liegt, sorgt das Thema „Bildung“ auch auf Bundesebene immer wieder für intensive Diskussionen - nicht zuletzt aufgrund aktueller internationaler Vergleichsstudien, die Deutschland regelmäßig erheblichen Handlungsbedarf bescheinigen und dringend Reformen anmahnen. Gerade im Rahmen der Standortdebatte wird zudem immer wieder betont, dass eine gute Bildung und Ausbildung zu den wichtigsten Faktoren im Wettbewerb der Standorte zählen. Die Zukunftsfähigkeit nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt wird sich an den Weichenstellungen im Bildungsbereich entscheiden - so der Diskussionskonsens.

Dass auch der Mittelstand der Bildungspolitik eine große Bedeutung beimisst und hier Handlungsbedarf sieht, spiegelt sich in den Befragungsergebnissen wider: Die Zufriedenheit mit der Bildungspolitik ist im Vergleich zu den anderen untersuchten Standortfaktoren am niedrigsten. Immerhin überwiegen allerdings noch die positiven Urteile. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zufriedenheit leicht gestiegen.

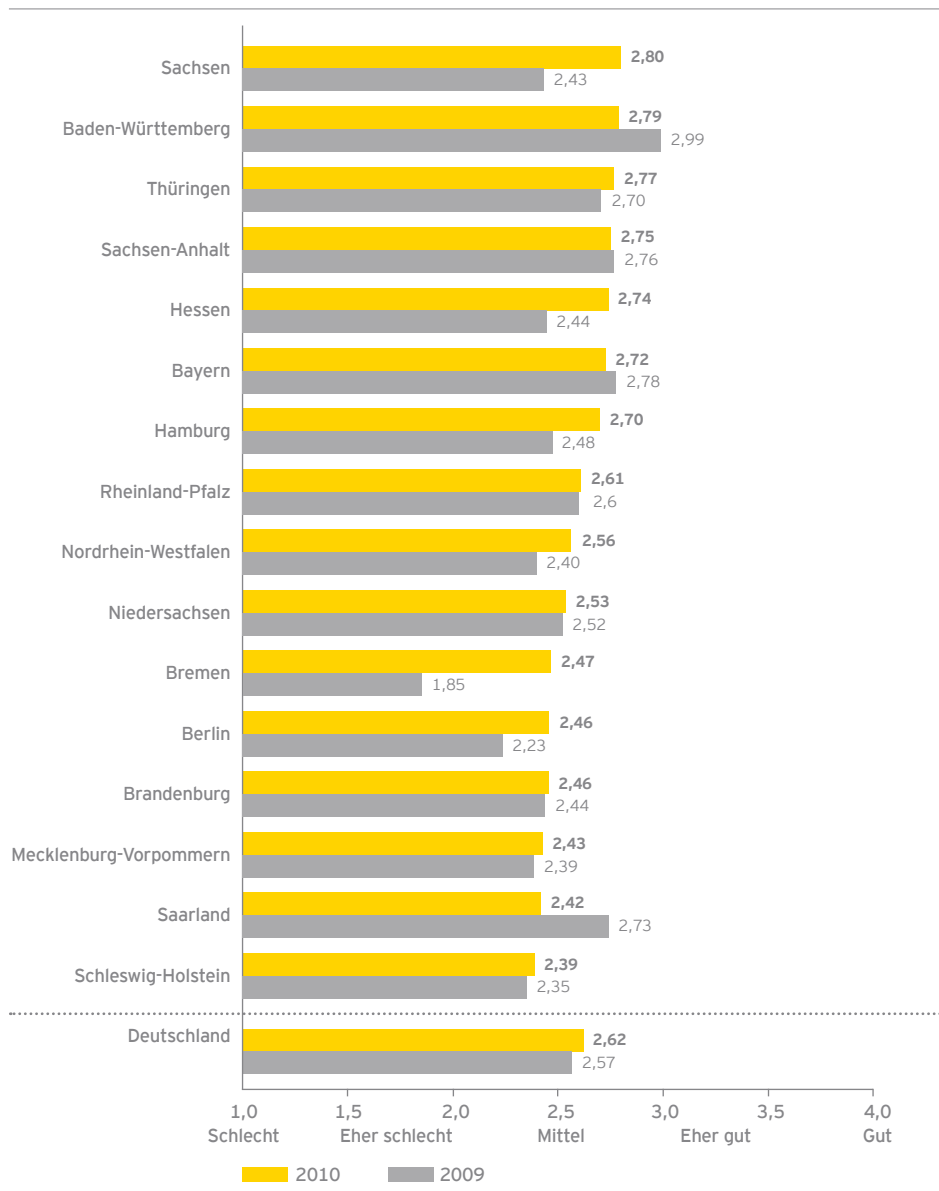
Beurteilung der Bildungspolitik - Jahresvergleich		
	Gut	Eher gut
2008	21 %	39 %
2009	19 %	37 %
2010	20 %	40 %

Wie sehr die Bildungspolitik immer wieder zum Thema der politischen Auseinandersetzung gerade auf der Ebene der Bundesländer wird, zeigen auch die Umfrageergebnisse, die z. T. auffallende Abweichungen von den Vorjahresergebnissen aufweisen. Während im Bundesdurchschnitt ein leichter, aber nicht signifikanter Anstieg der Zustimmungsrates zu verzeichnen ist, sind insbesondere in Sachsen, Hessen und Bre-

Zufriedenheit mit der Bildungspolitik - Bundeslandvergleich

„Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen in Ihrem Bundesland hinsichtlich der Bildungspolitik?“

Grafik 27



men (deutlich höhere Zustimmung) sowie in Baden-Württemberg und dem Saarland (deutlich geringere Zustimmung) starke Unterschiede im Vergleich zu den Ergebnis-

sen von 2009 festzustellen. Auffallend ist, dass in sechs Bundesländern die negativen Bewertungen (knapp) überwiegen.

Die Zufriedenheit mit der Bildungspolitik ist deutschlandweit relativ gering. Hier besteht nach wie vor Handlungsbedarf.

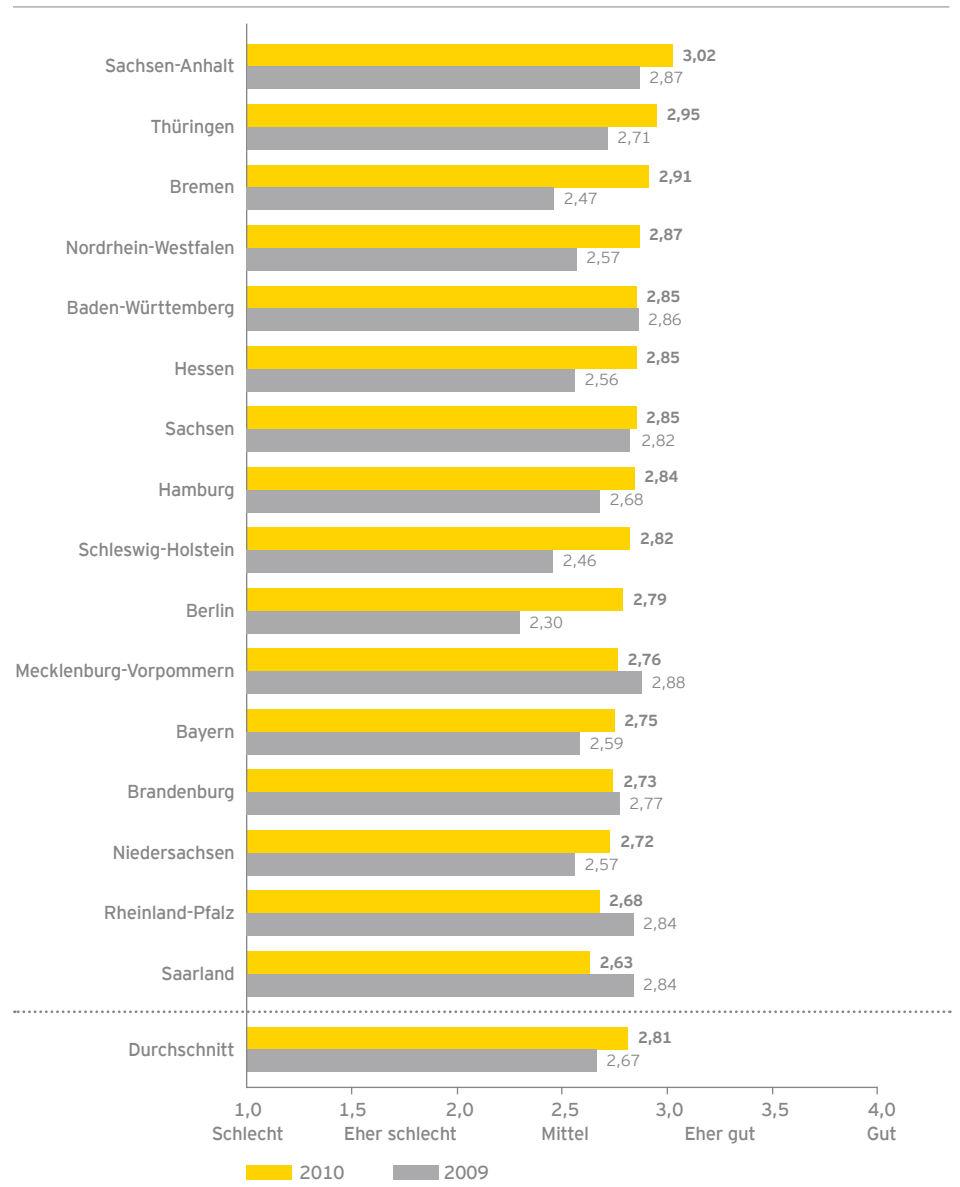
Auch bei den Ergebnissen zur regionalen Förderpolitik sind insgesamt positivere Ergebnisse zu verzeichnen als im Vorjahr, allerdings ist die Zufriedenheit der Mittelständler mit diesem Faktor nach wie vor relativ schwach ausgeprägt. Die besten Noten vergeben die Unternehmen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, während im Saarland und in Rheinland-Pfalz die geringste Zufriedenheit zu verzeichnen ist. Deutlich besser als im Vorjahr bewerten vor allem die Unternehmen in Berlin, Schleswig-Holstein und Bremen ihren Standort.

Beurteilung der Förderpolitik - Jahresvergleich		
	Gut	Eher gut
2008	22 %	42 %
2009	19 %	43 %
2010	21 %	49 %

Zwar bietet Deutschland eine sehr umfassende öffentliche Förderinfrastruktur. Allerdings zeigt sich immer wieder, dass Unternehmer die bestehenden Fördermöglichkeiten gar nicht oder nur zögerlich in Anspruch nehmen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Viele Unternehmer wissen schlicht nicht, welche Programme es gibt. Zudem ist immer wieder festzustellen, dass die Unternehmer notwendige Innovationsprojekte schnell umsetzen möchten und nicht bereit sind, auf die Genehmigung ihres Förderantrags zu warten. Damit verirken sie dann meist ihre Förderfähigkeit. Ein weiterer Grund für die recht geringe Inanspruchnahme von Fördergeldern ist die Angst vor Bürokratie. Die Beantragung von Fördergeldern bedeutet immer auch einen oft erheblichen bürokratischen Aufwand. Zudem fühlen sich Unternehmer z. B. durch die erforderlichen Erklärungen zur Mittelverwendung in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Fakt ist allerdings, dass Unternehmen, die sich in puncto Fördermöglichkeiten kompetent beraten lassen und die

Zufriedenheit mit der Förderpolitik - Bundeslandvergleich
 „Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen in Ihrem Bundesland hinsichtlich der Förderpolitik?“

Grafik 28



bestehenden Möglichkeiten ausschöpfen, deutliche Vorteile gegenüber der Konkurrenz erzielen können.



7. Mittelstandspolitik im Urteil der Unternehmen

Für die Landesregierungen ist es inzwischen eine Selbstverständlichkeit, dass die Förderung des Mittelstands und eine mittelstandsfreundliche Politik elementare Aufgabe der Landespolitik sind. Das Bekenntnis zum Mittelstand als viel zitiertes „Rückgrat“ der deutschen Wirtschaft mündet auf landespolitischer Ebene immer wieder in besondere Mittelstandsinitiativen, mit denen der Mittelstand im Land gestärkt werden soll. Aber wie kommen die Bemühungen der Politik bei den Unternehmen an?

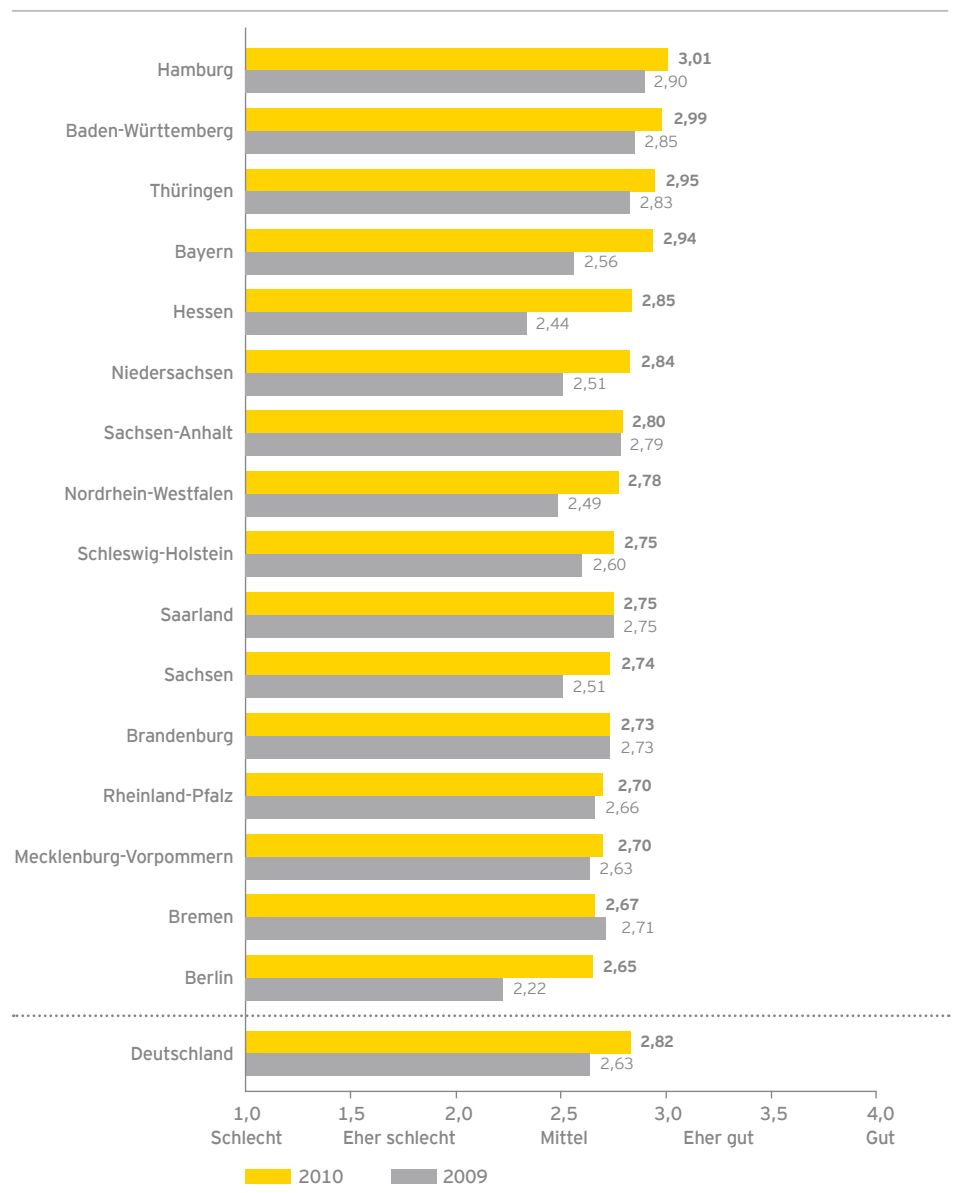
Die Befragung zeigt, dass insgesamt - bei einer im Bundesdurchschnitt relativ deutlich gestiegenen Zufriedenheit - die positiven Urteile klar überwiegen. 72 Prozent der Unternehmen bewerten die Mittelstandspolitik der jeweiligen Landesregierung positiv (gut oder eher gut). Im Vorjahr waren es nur 61 Prozent.

Beurteilung der Mittelstandspolitik - Jahresvergleich		
	Gut	Eher gut
2008	18 %	45 %
2009	16 %	45 %
2010	19 %	53 %

Hamburg, Baden-Württemberg und Thüringen schneiden im Urteil der Mittelständler am besten ab. Im Vergleich zum Vorjahr erhalten die Landesregierungen von Bayern, Hessen und Berlin deutlich bessere Noten, während es in keinem Bundesland zu erheblich schlechteren Benotungen kam.

Zufriedenheit mit der Mittelstandspolitik - Bundeslandvergleich
 „Wie bewerten Sie die aktuellen Rahmenbedingungen in Ihrem Bundesland hinsichtlich der Politik für den Mittelstand?“

Grafik 29





Hauptforderung der Mittelständler an die Politik: ein Abbau der überbordenden Bürokratie.

Im Großen und Ganzen zeigen sich die Befragten also relativ zufrieden mit der Arbeit der Landespolitiker. Dennoch gibt es zahlreiche Themen, die den Mittelständlern unter den Nägeln brennen und bei denen sie sich eine stärkere Unterstützung vonseiten der Politik erhoffen. An erster Stelle steht - wie schon in den Vorjahren - das Thema „Bürokratieabbau/schnellere Genehmigungsverfahren“: 94 Prozent bezeichnen dies als wichtiges oder sehr wichtiges Handlungsfeld für die Politik. Im Vergleich zum Vorjahr hat das Thema nochmal etwas an Bedeutung gewonnen.

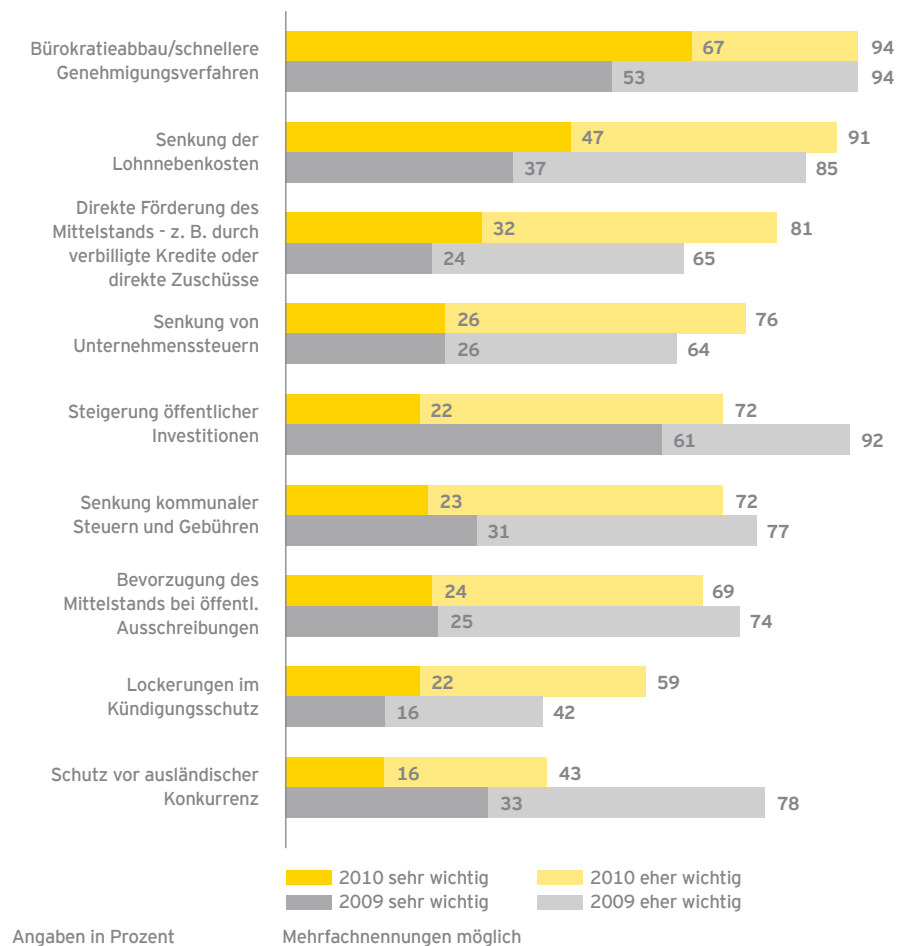
Viele Unternehmer fühlen sich durch Gesetze und weitere Vorschriften erheblich eingeengt. Die immer wieder erhobene Forderung nach Bürokratieabbau zielt daher zum einen auf die Streichung übermäßig regulierender staatlicher Vorschriften. Zum anderen schließt sie grundsätzlich auch die Kritik an der Anwendung dieser Vorschriften durch Beamte und Angestellte in den Verwaltungen ein. Fakt ist, dass Meldepflichten und Genehmigungsverfahren die Unternehmen einerseits Arbeitskraft kosten und andererseits mögliche Investitionsmittel binden. Einige Großunternehmen beschäftigen Mitarbeiter, die sich nur mit diesen bürokratischen Pflichten beschäftigen. Gerade kleinere Betriebe sind aber oft mit diesen Pflichten überlastet.

Eine Senkung der Lohnnebenkosten steht an zweiter Stelle des „Forderungskatalogs“ und wird von 91 Prozent der Befragten befürwortet. Der Anteil der Unternehmer, die dieses Thema für sehr wichtig halten, ist zwar von 37 auf 47 Prozent gestiegen, lag aber im Jahr 2008 noch deutlich höher, nämlich bei 64 Prozent.

Forderungen an die Politik

„Welche Maßnahmen würden den Mittelstand in Deutschland aus Ihrer Sicht deutlich stärken?“

Grafik 30



Ebenfalls an Unterstützung gewonnen hat der Wunsch nach einer Senkung der Unternehmenssteuern (von 64 auf 76 Prozent) sowie nach einer direkten Förderung des Mittelstands, z. B. durch verbilligte Kredite oder direkte Zuschüsse. Letztere Forderung

äußern in diesem Jahr 81 Prozent der Befragten - das sind 16 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Fördermaßnahmen für Unternehmen gibt es bereits in sehr vielfältiger Form: ob für Forschung und Entwicklung in Hightechunternehmen oder für

7. Mittelstandspolitik im Urteil der Unternehmen

Investitionen in die Betriebserweiterung, ob für Standortverlagerungen oder für den ersten Schritt in den europäischen Markt. Zur Unterstützung solcher Vorhaben stellen die EU, Bund und Länder in zahlreichen Förderprogrammen Jahr für Jahr Milliarden für die Wirtschaftsförderung bereit. Neben steuerlichen Maßnahmen, auf die alle Unternehmen einen Rechtsanspruch haben, gibt es ein breites Spektrum von Förderaktivitäten, die sich speziell oder schwerpunktmäßig an den Mittelstand wenden.


Deutlich seltener als im Vorjahr ist die Forderung nach einer Steigerung der öffentlichen Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft zu hören. Vor dem Hintergrund der Rezession und der stark nachlassenden Investitionstätigkeit der Unternehmen war dieser Wunsch im Vorjahr stark ausgeprägt und die Bundesregierung kam ihm mit den beiden Konjunkturpaketen auch nach.

Drastisch gesunken ist der Anteil der Mittelständler, die einen stärkeren Schutz vor ausländischen Wettbewerbern fordern: von 78 auf 43 Prozent. Damit liegt der Wert nun wieder exakt auf dem Niveau von

2008. Auch wenn es verständlich war, dass die Unternehmen in der damals extrem schwierigen Lage den Staat zu Hilfe rufen wollten und mehr Schutz vor ausländischer Konkurrenz forderten: Protektionismus kann nicht die Antwort auf die Krise sein. Denn kaum jemand profitiert von einem freien weltweiten Warenverkehr so sehr wie Deutschland. Würden sich die großen Industrienationen entsprechend verhalten und die heimische Wirtschaft vor ausländischen Wettbewerbern schützen – solche Tendenzen waren zwischenzeitlich durchaus erkennbar –, dann wären die Folgen gerade für Deutschland und den deutschen Mittelstand mit Sicherheit sehr negativ.

Eine Bevorzugung mittelständischer Unternehmen bei öffentlichen Ausschreibungen betrachteten im Vorjahr noch 74 Prozent der Befragten als wichtige Maßnahme – aktuell fordern sie 69 Prozent. Solche Wünsche stoßen allerdings schnell an vergaberrechtliche Grenzen. Auch wenn bei den Vergaben zu öffentlichen Ausschreibungen immer wieder explizit von der Mittelstandsförderung die Rede ist, kann es doch nicht

um die (wettbewerbswidrige) Begünstigung gehen. Vielmehr haben die Vergabestellen dafür Sorge zu tragen, dass bei Ausschreibungen und Vergaben öffentlicher Aufträge mittelstandsfreundliche Bedingungen gegeben sind. Sie haben auf eine möglichst breite Streuung mittelstandsgerechter Aufträge hinzuwirken, um mögliche Wettbewerbsnachteile kleinerer und mittlerer Unternehmen gegenüber großen Unternehmen auszugleichen und den Zugang dieser Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen zu erleichtern. Den Zuschlag allerdings erhält immer das wirtschaftlichste Angebot. Vielfach ist aber vorgesehen, dass – falls das Angebot eines kleinen oder mittleren Unternehmens ebenso wirtschaftlich ist wie das eines anderen Bewerbers – das kleinere oder mittlere Unternehmen der Zuschlag erhält. Die Erfahrung zeigt, dass die Beteiligung der mittelständischen Unternehmen am öffentlichen Beschaffungsmarkt vergleichsweise gering ist. Dies ist in erster Linie auf die Schwierigkeit der Informationsgewinnung und auf die Auftragsumfänge zurückzuführen.



Impressum

Herausgeber:
Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Mittler Pfad 15
70499 Stuttgart, Germany
Telefon +49 711 9881 0
Telefax +49 711 9881 550

Redaktion:
Jan Miller
Ernst & Young
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Layout:
Stefan Knapp Design Consulting
Frankfurt am Main

Lektorat:
Jutta Cram
Text+Design, Stadtbergen

Druck:
Druck- und Verlagshaus
Zarbock GmbH & Co. KG
Frankfurt am Main

Bestellung:
andrea.baars@de.ey.com

Ernst & Young im Überblick

Ernst & Young ist einer der Marktführer in der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Transaktionsberatung sowie Risiko- und Managementberatung. Rund 7.100 Mitarbeiter sind durch gemeinsame Werte und einen hohen Qualitätsanspruch verbunden. Gemeinsam mit den 144.000 Mitarbeitern der internationalen Ernst & Young-Organisation betreut Ernst & Young Mandanten überall auf der Welt. Das Ziel von Ernst & Young ist es, das Potenzial seiner Mitarbeiter und Mandanten zu erkennen und zu entfalten.

Weitere Informationen finden Sie unter www.de.ey.com

Der Name Ernst & Young bezieht sich in dieser Publikation auf alle deutschen Mitgliedsunternehmen von Ernst & Young Global Limited (EYG), einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung nach englischem Recht. Jedes EYG-Mitgliedsunternehmen ist rechtlich selbstständig und unabhängig und haftet nicht für das Handeln und Unterlassen der jeweils anderen Mitgliedsunternehmen. Alle EYG-Mitgliedsunternehmen weltweit werden gemeinsam auch als die internationale Ernst & Young-Organisation bezeichnet.

© 2010 Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
All Rights Reserved

SKN 0310

Diese Publikation ist lediglich als allgemeine unverbindliche Information gedacht und kann daher nicht als Ersatz für eine detaillierte Recherche oder eine fachkundige Beratung oder Auskunft dienen. Obwohl diese Publikation mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurde, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalls Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt damit in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung seitens der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und/oder anderen Mitgliedsunternehmen der internationalen Ernst & Young-Organisation wird ausgeschlossen. Bei jedem spezifischen Anliegen sollte ein geeigneter Berater zurate gezogen werden.